

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

Moschee in Hamburg-Harburg.

- *Hamburg schließt Staatsvertrag mit Muslimen und Aleviten – S. 4*
- *Verletzung von Gewerkschaftsrechten weltweit – S. 7*
- *Kommunalwahl in Dortmund: SPD gewinnt, Linke verliert – S. 12*
- *Tarifdschungel in der Sozialwirtschaft – S. 15*
- *Bayern kann es auch allein – Wilfried Scharnagl publiziert das Buch zum Bayern-Theater – S. 21*

Ausgabe Nr. 9 am 6. September 2012, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgaben für 5 € (beiliegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankzugang: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

SPD und Linke gegen „Steuerflüchtlinge“ – bei Forderungen nach Strafverschärfung: Artikel 16 Grundgesetz beachten

chc. Am 21. September 2011 wurde das „Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt“, das sogenannte „Steuerabkommen Deutschland-Schweiz“, nach längeren geheimen Verhandlungen unterzeichnet. Die Ratifizierung steht aus.

Das den deutschen Steuerbehörden und damit der Versteuerung durch Verlagerung in die Schweiz entzogene Vermögen wird auf 130 bis 180 Mrd. Euro geschätzt. Das Abkommen sieht eine anonyme und pauschale Nachversteuerung mit einem Steuersatz zwischen 21 und mehr Prozent vor. Es wird angenommen, dass der effektive Versteuerungssatz bei 20 bis 25% liegen wird. Künftig sollen alle deutschen Vermögen in der Schweiz mit einer Abgeltungssteuer, die an den deutschen Fiskus geht, belegt werden.

SPD und Linke haben dieses Abkommen von Anfang an kritisiert. Die SPD, auf deren Zustimmung im Bundesrat die CDU/FDP-Regierung angewiesen ist, will das Abkommen zu Fall bringen. Die Linke bezeichnet es als ein „Steuerfluchtlegalisierungsabkommen“. Steinmeier, der Bundestagsfraktionsvorsitzender der SPD, kündigt an, dass die SPD-Länder dem Abkommen in der jetzigen Fassung nicht zustimmen würden.

In der Kritik des Abkommens hat die Linke in den letzten Wochen gefordert, Deutschland solle sich an US-amerikanischen Maßnahmen gegen Steuerflucht in die Schweiz orientieren. Bernd Riexinger, neben Katja Kipping Parteivorsitzender der Linken, sagte laut „Mitteldeutscher Zeitung“: „Wir werden im Herbst im Bundestag eine Gesetzesinitiative einbringen, die nach US-Vorbild Schweizer Banken mit dem Entzug der Banklizenz für Deutschland bedroht, wenn sie nicht zustimmen, verdächtige Transaktionen von sich aus zu melden.“

In einem Interview mit „Welt Online“ wird Bernd Riexinger so zitiert, als würde sich die Linke dafür aussprechen, Steuerflüchtigen auch die Ausbürgerung anzudrohen.

Nun ist aber klar, Menschenrechte gelten auch für Kapitaleigner. Das Grundgesetz ist in der Frage der Anerkennung der Staatsbürgerschaft als Strafmaßnahme eindeutig und steht in klarer Abgrenzung von den Praktiken der Nazi-Herrschaft.

Artikel 16 Grundgesetz stellt fest: „Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.“ Zudem wäre der Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit bei der Verfolgung von Steuerflucht auch noch verfolgungstechnisch kontraproduktiv.

Der Parteivorstand der Linken präzisiert derzeit die Positionen zum Steuerabkommen, so dass es in der Auseinandersetzung um das Steuerabkommen nicht zu Konflikten mit Artikel 16 Grundgesetz kommen kann.

Die Null-Prozent-Scheinheiligen

Berliner Zeitung, 20.8.; FAZ-Sonntagszeitung, Tagesspiegel, 2.9.12 rül. Am 6. September berät die Europäische Zentralbank (EZB) auf ihrer turnusmäßigen Sitzung über ein Programm zur Stabilisierung der Geldmärkte, d.h. des Euros. Das hatte EZB-Präsident im Grundsatz vor ein paar Wochen bereits angekündigt, als er angesichts hochlaufender Spekulationen auf einen Ausschluss Griechenlands aus dem Euro und eines damit verbundenen massiven Kursverlusts des Euros öffentlich verkündete, die EZB werde den Euro gegen alle Attacken verteidigen und sie verfüge auch über ausreichende Instrumente dazu.

Im Grunde war die Ankündigung eine Banalität, schließlich ist die Verteidigung des Euros der Auftrag der Europäischen Zentralbank. Aber schon die Ankündigung Draghis beruhigte offensichtlich die Finanzmärkte und verdrarb Spekulant, die auf stark fallende Euro-Kurse gewettet hatten, ihre Wettgeschäfte. Italien, Spanien und Portugal konnten sich neue Anleihen zu halbwegs erträglichen Zinsen besorgen.

Am 6. September rechnet alle Welt nun mit genaueren Beschlüssen der EZB. Im Vorfeld bauen insbesondere Bundesbank-Präsident Weidmann und eine Reihe deutscher Politiker/-innen massiven Druck auf die EZB aus. Weidmann scheint das einzige Mitglied im EZB-Direktorium zu sein, das gegen das geplante Programm auftritt, und soll laut „Bild“ sogar mit Rücktritt gedroht haben, falls sich das komplette Direktorium nicht seinen Wünschen fügt.

Ein erstaunliches Verhältnis zu einem kollegialen Gremium, möchte man meinen. Kanzlerin Merkel soll Weidmann von einem Rücktritt abgehalten haben, wird aus dem Kanzleramt lanciert. Merkel stützt aber auch Draghi,

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

weil sie im Fall einer erfolgreichen Stabilisierung des Euros um weitere, womöglich riskante parlamentarische Abstimmungen für neue Hilfsprogramme für Krisenstaaten herumkommt.

Umso mehr wettet die CSU, die sich bundespolitisch wie europapolitisch zunehmend als eine deutsche Art „Lega Süd“ aufspielt, der nationalistische Flügel der FDP um Abgeordnete wie Schäffler und andere Anhänger eines deutsch-dominierten „Kerneuropa“-Konzepts in CDU/CSU und anderswo. Ein EZB-Programm zur Senkung der Zinsen für kurzfristige Staatsanleihen von Ländern in Südeuropa führe zum „Staatsbankrott“ und mache eine „hohe Inflation unausweichlich“, behauptet zum Beispiel der „Verband der Familienunternehmer“. Die EZB „verzerrt... die Zinsen für Staatsanleihen“.

Der Vorwurf der „Verzerrung“ der Zinsen ist interessant. Tatsächlich zahlt die Bundesregierung derzeit oft genug null Prozent für neue Staatsanleihen, die Regierung in Spanien aber sechs oder sieben Prozent. Null Prozent für Staatsanleihen (und, fügen wir das gleich hinzu: zwei bis drei Prozent für Wohnungsbaukredite) hätte noch vor kurzem einen Aufschrei der Ökonomen hervorgerufen. Negative Realzinsen für Staatsschulden sind ein extremer Anreiz zur Schuldenmacherei, im Wohnungsbau die klassische Vorbereitung einer Immobilienblase und, weil Investitionen in „Baugold“ kein weiteres Wirtschaftswachstum ermöglichen, auch eine Wachstumsbremse. All das interessiert aber die Kritiker der EZB nicht im Geringsten. Im Gegenteil: Sie nehmen die null Prozent für deutsche Staatsanleihen schweigend und schmunzelnd hin, bauen ein zweites oder drittes Häuschen und versuchen, die EZB unter deutscher Vorherrschaft zu halten.

Worum es der Europäischen Zentralbank demgegenüber geht, hat ihr Direktor Jörg Asmussen am 20. August in der „Berliner Zeitung“ erklärt: „Die Finanzmärkte fordern weiterhin hohe Risikoaufschläge für Staatsanleihen einiger Länder. Diese Aufschläge reflektieren mitunter Befürchtungen hinsichtlich der Umkehrbarkeit des Euros, also ein Wechselkursrisiko, das es in einer Währungsunion theoretisch nicht geben dürfte ... Jeder Anleihehändler in New York, Singapur oder Hongkong liest auf seinem Bildschirm jeden Tag, wie fahrlässig in Europa über den Euro geredet wird. Da muss man sich nicht wundern, wenn die Sorge vor dem Auseinanderfallen existiert. Genau diese Zweifel am Bestand des Euro wollen wir den Marktteilnehmern nehmen.“

Man kann nur hoffen, dass die EZB der deutschen Sankt-Florian-Allianz von Scheinheiligen standhält.



München: Detonation einer Fliegerbombe zum Antikriegstag

wob. Fast siebzig Jahre nach ihrem Abwurf wurde bei Bauarbeiten auf dem Gelände der gegen heftige Widerstände fürs Luxuswohnen abgerissenen „Schwabinger Sieben“ eine 250-Kilo-Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden. Zunächst 800, später 3000 Anwohner, mussten evakuiert werden und durften nicht mehr in ihre Wohnungen, denn das Monstrum ließ sich nicht entschärfen. Spezialisten aus Brandenburg mussten ran, und hätten beinahe durch kurzes Anheben eine Explosion ausgelöst, die sie nicht überlebt hätten. Denn der Blindgänger hatte einen perfiden chemischen Zeitverzögerungsmechanismus eingebaut.

Der sollte dafür sorgen, dass nach dem Inferno des Luftangriffs die Bergungsmaßnahmen und Aufräumarbeiten behindert würden, indem der Sprengstoff bis zu 144 Stunden später gezündet würde. Er hat wie bei noch unabsehbar vielen weiteren vermuteten, bisher nicht explodierten, aber immer noch scharfen Bomben nicht funktioniert. Die meisten Relikte des Bombenkrieges lassen sich, wenn sie nach Jahrzehnten entdeckt werden, durch Ausbau des Zünders entschärfen. Dieses nicht. Es musste kontrolliert zur Detonation gebracht werden. Um 21.54 Uhr am 28. August 2012 war es soweit. Die U-Bahn-Verbindungen seit Stunden streckenabschnittsweise eingestellt, der Verkehr weiträumig umgeleitet, die angrenzenden Straßenzüge hermetisch abgeriegelt, lag das Areal nahe der Münchner Freiheit wie ausgestorben. Ein dumpfer Knall, ein greller Feuerball, eine gelbliche Rauchwolke. Metallsplitter samt Sand- und Strohummantelung schossen brennend in die umliegenden Häuser und beschädigten Mauern und zerstörten Fensterscheiben, setzten Dächer in Brand. Ein Szenario, wie es tausendfach potenziert in den letzten Kriegsjahren die Städte in Schutt und Asche gelegt hat als Antwort auf Goebbels Ausrufung des „totalen Krieges“, nachdem die Na-

zis mit Rotterdam, Coventry und dutzenden weiteren Städten außerhalb der Reichsgrenzen damit begonnen hatten, dicht besiedelte Gebiete dem Erdboden gleichzumachen und regelrecht „auszuradiieren“, nur ohne langfristige Vorwarnung und Evakuierung, ohne Zeit zu Eindämmungsmaßnahmen, ohne den Aufmarsch eines gut gerüsteten Katastrophenschutzheeres, das sich nur um diesen einen Fall zu kümmern hatte. Im Nachhinein ist es nur noch schwer vorzustellen.

Aber dieses Exempel quasi unter Laborbedingungen sollte eine Ahnung davon vermitteln, was Krieg bedeutet. Er ist waffentechnisch immer noch nicht zu Ende, und schon führen deutsche Regierungen wieder neue Kriege, anderswo, mit „verfeinerter“, weiterentwickelter, noch durchschlagenderer Waffentechnik, aber ebenso heimtückisch und mörderisch. Eine Drohne, die ein Dorf auslöscht, löst nicht einmal einen Luftalarm aus. Der Krieg ist uns näher als wir denken. Erst vor kurzem hat die Bundesrepublik Deutschland die letzte Rate aus den Reparationsforderungen des Versailler Vertrags an Frankreich überwiesen – für den ersten Weltbrand, den Deutschland ausgelöst hatte. Vom zweiten sind kaum die Baulücken geschlossen. Einen dritten würden die meisten von uns nicht überleben. Der Antikriegstag am 1. September sollte uns mahnen: Schluss mit der Zerstörung unserer Zukunft und der von anderen Völkern! Die Waffen nieder! Rüstungsstopp! Exportverbot für Kriegswaffen! Umfassende Abrüstung! Auflösung der Bundeswehr! Damit niemand mehr in den Luftschutzkeller oder in nahe gelegene Schulen flüchten muss, weder im Krieg noch in „Friedenszeiten“. Die Probleme und Konflikte der Welt lassen sich nicht mit Militär lösen, sie werden dadurch oft erst geschaffen, zumindest verschärft und unkontrollierbar eskaliert, in jedem Fall nachhaltig vererbt – auf Generationen.

Hamburg schließt Staatsvertrag mit Muslimen und Aleviten

Als erstes Bundesland schließt Hamburg einen Vertrag mit muslimischen Religionsgemeinschaften und einen Vertrag mit der Alevitischen Gemeinde. Der CDU-Bürgermeister Ole von Beust hatte die Verhandlungen 2007 aufgenommen, der schwarz-grüne Senat hatte sie fortgesetzt, und der SPD-Senat hat sie in diesem Sommer zu einem erfolgreichen Ende geführt. Im Herbst sollen die Verträge von der Hamburgischen Bürgerschaft verabschiedet werden und als Gesetz in Kraft treten. In der Aktuelle Stunde der Bürgerschaft am 16. August begrüßten neben der SPD auch Grüne und Linke die Verträge, die CDU sah noch offene Fragen, die FDP hält die Verträge für unnötig und falsch.

Ein Schritt zur Institutionalisierung des Islam

Sehr viel später als andere Bundesländer hatte Hamburg 2005 sogenannte Staatsverträge mit den christlichen Kirchen, der Nordelbischen Kirche sowie dem Heiligen Stuhl, geschlossen. 2007 folgte der Vertrag mit der jüdischen Gemeinde. Der Abschluss dieser Verträge war umstritten. Die Kritik richtete sich teils gegen den Anachronismus, weil Staatskirchenverträge eigentlich einer Zeit entstammen, in der die Religionsfreiheit nicht hinreichend durch grundgesetzliche Garantien gesichert war. Teils prangerte sie die weitere Aufweichung der Trennung von Kirche und Staat und die Verfestigung der Privilegierung insbesondere der christlichen Religionsgemeinschaften an, die den weltanschaulichen Gegebenheiten nicht Rechnung trage. Gleichwohl, da diese Verträge nun einmal abgeschlossen wurden und in Kraft sind, stellte sich immer drängender die Frage, wie es die Stadt mit anderen in Hamburg vertretenen Großreligionen, insbesondere dem Islam, hält.

Denn zur Trennung von Kirche und Staat und der damit verbundenen staatlichen Neutralität gehört nicht nur die Achtung der Religionsfreiheit: der positiven Religionsfreiheit, also der Freiheit zu glauben und einem bestimmten Glauben anzuhängen, wie der negativen Religionsfreiheit, also der Freiheit, nicht zu glauben. Zur Religionsfreiheit gehört auch, dass der Staat keine Religion privilegiert, zur Religionsfreiheit gehört also das Diskriminierungsverbot und die staatliche Gleichbehandlung der Religionen,

jedenfalls soweit sie in ihrer sozialen Bedeutung und öffentlichen Wirksamkeit annähernd vergleichbar sind.

Bei der Vorstellung des Vertrags erklärte Bürgermeister Olaf Scholz, eigentlich gehe es bei dem Vertrag um eine Selbstverständlichkeit, auch wenn das Selbstverständliche manchmal länger dauere. Tatsächlich ist die Gleichbehandlung des Islam mit anderen Großreligionen längst keine Selbstverständlichkeit. Mit dem Vertrag erkennt Hamburg die großen Veränderungen an, die die Gesellschaft in vier Jahrzehnten auch muslimischer Einwanderung erfahren hat.

Fast 30% der in Hamburg lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund, in der jüngeren Generation sind es über 40%. Die Alevitische Gemeinde vertritt in Hamburg ca. 50 000 Menschen. Die drei islamischen Vertragspartner DITIB (Landesverband Hamburg), Schura (Rat der Islamischen Gemeinschaften) und VIKZ (Verband der Islamischen Kulturzentren) vertreten zusammen ca. 130 000 Menschen. [Zum Vergleich: Die Katholische Kirche zählt hier 183 000 Mitglieder, die Nordelbische Kirche in dieser jahrhundertlang durch und durch protestantischen Stadt 544 000 (2007).] Scholz würdigte den Abschluss der Vertragsverhandlungen als „integrationspolitischen Fortschritt“ und als „Signal der Bereitschaft zu einem kooperativen Miteinander“. Mit diesem Vertrag, so Scholz, „nehmen (wir) die Anwesenheit des Islam und des Alevitentums als in unserer Gesellschaft gelebter Religion zur Kenntnis. Wenn auch viele Regelungen der beiden Verträge lediglich das geltende Recht wiederholen, so wollen wir den islamischen und alevitischen Gemeinden mit der Bestätigung ihrer Rechte und Pflichten den Platz in der Mitte unserer Gesellschaft einräumen.“ Ein Vertreter der Schura würdigte den Vertrag als „wichtigen Schritt hin zur institutionellen Anerkennung des Islam in Deutschland“.

Sind die muslimischen Dachverbände Religionsgemeinschaften?

Eine für die Vertragsschließung wesentliche Frage musste geklärt werden: Handelt es sich bei der DITIB, der Schura und dem VIKZ um Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes, d.h. im Sinne eines dauerhaften Zusammenschlusses von Anhängerinnen und Anhängern einer Religion, der

der Pflege der Religion dient? Um das zu klären, gab die Stadt zwei Gutachten in Auftrag, die diese Frage für alle drei muslimischen – recht unterschiedlichen – Dachverbände untersuchten. Können überhaupt Dachverbände Religionsgemeinschaften sein?

Anders als die traditionellen Kirchen und die jüdische Gemeinde, aber auch die Zeugen Jehovas z.B., sind die islamischen Dachverbände keine Körperschaften des Öffentlichen Rechts. Mit der Anerkennung von Religionsgemeinschaften als Körperschaften des Öffentlichen Rechts ist nicht nur das Recht verbunden, Kirchensteuern mit Hilfe des Staates einzuziehen, sondern auch die Nutzung des sogenannten Privilegienbündels. Dabei handelt es sich um eine Vielzahl einzelner Regelungen wie z.B. Vergünstigungen im Steuerrecht, Befreiung von arbeitsrechtlichen Vorschriften, ein spezieller Enteignungsschutz, Vergünstigungen u.a. in der Bauleitplanung oder im Rundfunkrecht, Mitwirkung in staatlichen Gremien, Beurkundungsbefugnis usw. Mit dem rechtlichen Zustand der Körperschaft des Öffentlichen Rechts verfügen die Religionsgemeinschaften über eine für den Staat ansprechbare Repräsentationsstruktur.

Im Islam ist eine kirchenähnliche Institution traditionell nicht vorgesehen. Nach traditionellem Religionsverständnis bestimmt die Scharia das private, soziale und politische Leben. Die religiöse Autorität wird von sogenannten Rechtsgelehrten ausgeübt. Unter solchen Voraussetzungen entstand in den islamisch geprägten Ländern keine gesonderte Institution für das religiöse Leben.

Aber die in Deutschland lebenden Muslime haben nach und nach repräsentative Vertretungsorgane herausgebildet. Ein Beispiel ist die 1999 gegründete Schura, der Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V. Unter diesem Dach haben sich zahlreiche Moscheegemeinden zusammengeschlossen, deren zentrale Aufgabe die Wahrung und Gewährleistung islamischer Religionsausübung ist. Der Schura gehören nicht nur Muslime unterschiedlicher ethnischer Herkunft, sondern auch unterschiedlicher religiöser Strömungen – Sunniten wie Schiiten – an. Nach einem längeren Diskussionsprozess haben sich die Moscheegemeinden vor mehr als 13 Jahren auf eine gemeinsame Struktur für die gleichberechtigte Zusammenarbeit verständigt,

ungeachtet der sehr unterschiedlichen Größenverhältnisse, sich eine Satzung gegeben und darin u.a. einen Minimalkonsens über die islamischen Glaubensgrundlagen schriftlich fixiert. Die Schura wird durch einen Vorstand vertreten, der für die Religionsgemeinschaft außenverbindlich Erklärungen abgeben kann. Die Moscheegemeinden sind unabhängig, werden aber in ihren gemeindlichen Belangen durch die Schura unterstützt. Beide Gutachten sehen die Schura als identitätsstiftende Religions- wie auch als unterstützende Gewährleistungsgemeinschaft für bestehende islamische Praktiken.

Auch für die beiden anderen Dachverbände bejahen beide Gutachten die Frage, ob es sich um Religionsgemeinschaften handelt. Problematisiert wurde allerdings, dass bei der DITIB der Einfluss von Organen des türkischen Staates nicht ausgeschlossen ist. Ihr wird eine Änderung der Satzung empfohlen. Insgesamt jedenfalls war mit der rechtlichen Klärung eine wichtige Hürde für den Vertragsschluss genommen. Darüber hinaus enthält der Vertrag eine Protokollerklärung, wonach die islamischen Religionsgemeinschaften im Rahmen ihrer weiteren organisatorischen Entwicklung die Erlangung der Rechte von Körperschaften des Öffentlichen Rechts anstreben.

Weiterentwicklung des „Religionsunterrichts für alle“

Die beiden Verträge sind vor allem von großer symbolischer Bedeutung, wie der Senat zu Recht betont hat. Etliche der in den Verträgen behandelten Fragen waren entweder rechtlich bereits geklärt oder es hat sich eine Praxis herausgebildet, die nun bestätigt wird. Schon jetzt z.B. erhalten Schüler an hohen islamischen Feiertagen Unterrichtsbefreiung. Zukünftig werden die höchsten islamischen und alevitischen Feiertage den kirchlichen Feiertagen wie Buß- und Betttag gleichgestellt, Arbeitnehmer können der Arbeit fernbleiben, müssen dafür aber Urlaub nehmen oder nacharbeiten. Weitere Punkte sind das Bestattungswesen, der Moscheebau, das Tragen religiöser Symbole – gerade in der Frage des Kopftuchs bleibt der Vertrag vage, weil er das Kopftuch im öffentlichen Dienst rechtlich weder gestattet noch untersagt. Wichtig ist, dass Hamburg eine Ausbildungsstätte für islamische Theologie und Religionspädagogik an der Universität Hamburg fördert und dass der Alevitischen Gemeinde zugesagt wird, eine dauerhafte Vertretung alevitischer Lehre in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit der Universität 2013 zu verankern.

Von besonderem Interesse ist die weitere Ausgestaltung des Religionsunterrichts. In Hamburg hat sich seit vielen Jahren ein „Religionsunter-

richt für alle“ etabliert, ein dialogischer Religionsunterricht, an dem alle Schülerinnen und Schüler ungeachtet ihres religiösen und kulturellen Hintergrundes gemeinsam teilnehmen, sofern sie nicht – bis Klasse 6 – von ihren Eltern abgemeldet werden bzw. ab Klasse 9 als Alternative Ethik oder Philosophie wählen. Der Ansatz ist in den Lehrplänen verankert und wird u.a. durch den „Gesprächskreis Interreligiöser Religionsunterricht in Hamburg“ unterstützt, in dem Christen,

beitsgruppe soll innerhalb der nächsten fünf Jahre konkrete Vorschläge ausarbeiten.

Beide christlichen Kirchen haben die Verträge übrigens ausdrücklich befürwortet. Ohne ihre Unterstützung wäre die gesellschaftliche Anerkennung der Verträge sehr viel schwerer zu erringen. Und das wird immer noch schwer genug. Darüber hinaus ist die wechselseitige Anerkennung der Religionsgemeinschaften, die immer zumindest eine Relativierung und

Die allermeisten Moscheen finden sich in Hamburg in Hinterhöfen, umgebauten Gewerberäumen oder Tiefgaragen. Moscheebauten oder die Anmietung repräsentativer Räume scheitern fast regelmäßig an unerfüllbaren Auflagen, baurechtlichen Einwänden, unbegründeten Absagen. Immerhin verpflichtet sich die Hansestadt, „den Bedarf der islamischen Religionsgemeinschaften an Grundstücken bzw. grundstücksgleichen Rechten, insbesondere bei Erschließung neuer Stadtteile und Ansiedlung neuer Gebiete, nach Maßgabe des geltenden Rechts (zu) berücksichtigen“. Das wäre etwas Neues.

Buddhisten, Juden, Muslime und Aleviten zusammenarbeiten. Erklärtes Ziel ist es einzuüben, dass kulturelle und religiöse Differenz die Reflexion der eigenen Position fördert, aber nicht zu einem Abgrenzungsmechanismus führen muss.

Das Problem: Bisher wird der „Religionsunterricht für alle“ von der Nordelbischen Kirche verantwortet. Mit dem Vertrag nun wurde vereinbart, diesen Unterricht weiterzuentwickeln und eine „Verantwortungsstruktur für die Inhalte des Religionsunterrichts ... zu schaffen, die sowohl alle Religionsgemeinschaften im verfassungsrechtlichen Sinne gleichberechtigt am Religionsunterricht beteiligt, als auch einen gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit ermöglicht, um so die bestehende dialogische Form des Religionsunterrichts zu behalten.“ (Artikel 5 bzw. 6 der Verträge) Muslime und Aleviten haben den „Religionsunterricht für alle“ also ausdrücklich bestätigt und werden zukünftig an der Verantwortung beteiligt. Die Nordelbische Kirche hat dem ausdrücklich zugestimmt; eine Ar-

damit Einschränkung des alleinigen Wahrheitsanspruchs beinhaltet, für das friedliche interkulturelle und interreligiöse Zusammenleben von großer Bedeutung.

Wer A sagt, muss auch B sagen

Wir haben in den letzten Jahren eine öffentliche Debatte erlebt und erleben sie immer noch, die den Islam als Problem behandelt. Es gibt einen weit verbreiteten Generalverdacht gegen den Islam und gegen die Muslime; es gibt die auch von offizieller Seite immer wieder geäußerte Unterstellung, Muslime seien nicht demokratiefähig, der Islam mit den Menschenrechten und dem Grundgesetz unvereinbar. Gegen solche vorurteilsbeladenen Pauschalurteile hat es der Schura auch relativ wenig geholfen, dass sie sich in einem Grundsatzpapier von 2004 als Teil einer pluralistischen Gesellschaft definiert und die existenzielle Bedeutung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hervorgehoben hat.

Mit dem Vertragsabschluss wird sich die Situation verbessern. Und zwar nicht, weil sich die muslimi-

schen Dachverbände nun endlich mal zu Menschenrechten und demokratischem Rechtsstaat bekannt hätten – das hatten sie auch vorher schon –, sondern weil die Freie und Hansestadt Hamburg und die muslimischen Religionsgemeinschaften sich gegenseitig als demokratische und verfassungstreue Vertragspartner anerkannt haben.

Allerdings: Einige der Moscheen, die Mitglieder der Schura sind und daher unter den Vertrag fallen, werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Die weitere Beobachtung stünde in einem krassen Widerspruch zur gegenseitigen Anerkennung als demokratische und verfassungstreue Vertragspartner.

Verfassungsänderung durch die Hintertür?

Zum Urteil des Plenums des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz sind die öffentlichen Reaktionen recht unterschiedlich. Die Richter der beiden Senate hatten gemeinsam getagt, weil sie sich zuvor uneins waren, ob und unter welchen Umständen die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden darf. Der erste Senat war bisher recht Grundgesetz-dogmatisch orientiert, zuletzt als die Richter entschieden, dass die Bundeswehr kein gekapertes Flugzeug abschießen darf, wenn dabei Unbeteiligte zu Tode kommen können. Seit den Notstandsgesetzen von 1968 muss ein möglicher Einsatz der Bundeswehr bei Katastrophenfällen und sehr großen Unglücksfällen nicht nur von einem Minister angeordnet werden, sondern bedarf des Beschlusses des ganzen Bundeskabinetts. Beide Punkte haben die Richter jetzt bekräftigt.

Verteidigungsminister und Innenminister sehen sich bestätigt, der Unionsfraktionsvize Günter Krings meint, jetzt seien „die notwendigen Dinge möglich“. Die FDP-Justizministerin meint, damit sei nichts entschieden, die Bundeswehr dürfe kein „Hilfspolizist“ werden. Der SPD-Innenexperte Hartmann sieht „alle Verantwortlichen hilflos“ zurückgelassen.

Eine Reihe von Kritikern, unter anderem auch der Verfassungsrichter Gaier, der ein Minderheitenvotum abgab, sehen aber das Verbot des Einsatzes der Bundeswehr im Innern aufgeweicht. Hier die Stellungnahme von Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der Linken:

„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Zulässigkeit eines Streitkräfteeinsatzes mit militärischen Mitteln im Inland kommt in seiner Konsequenz einer Verfassungsänderung durch die Hintertür gleich“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Ulla Jelpke. Sie fährt fort:

„Das auf historischer Erfahrung beruhende fundamentale Verfassungs-

Sie steht in krassem Widerspruch zum eindeutigen Bekenntnis der muslimischen Vertragspartner und damit auch aller ihrer angeschlossenen Moscheen zum demokratischen Rechtsstaat und gegen Gewalt und Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Glauben oder religiöser und politischer Anschauungen, wie es im Vertrag heißt. Die Fortsetzung der Beobachtung würde die Achtung für die muslimischen Vertragspartner unterminieren und den Vertrag unterhöhlen. Deshalb muss die Beobachtung der Moscheen, die unter diesen Vertrag fallen, beendet werden.

Christiane Schneider

prinzip, militärische Mittel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Inland auszuschließen, wird per Gerichtsbeschluss gekippt. Wenig tröstlich erscheint der Hinweis des Gerichts, dass die Bundeswehr nicht bereits gegen eine demonstrierende Menschenmenge zum Einsatz kommen darf. Zu vage ist die Gummidefinition des ‚unmittelbar bevorstehenden‘ Schadenseintritts ‚von katastrophischen Dimensionen‘, der nach Meinung des Gerichts den Einsatz militärischer Mittel im Inland erlaubt. Auch wenn das Gericht im Falle des weiterhin verbotenen Abschusses entführter Zivilflugzeuge erfreulicherweise sein klares Urteil von 2006 bekräftigt hat, ist die jetzige Entscheidung ein Türöffner zur weiteren Militarisierung der Innenpolitik und damit zur Aushebelung demokratischer Rechte.

Auch wenn die Richter betonen, von einer Demonstration ausgehende Gewalt stelle sicherlich keinen ‚schweren Schadensfall‘ dar, der zur Einsatz auch militärischer Mittel berechtigt: Die Grenze zwischen Katastrophenfall und Staatsnotstand ist von den Richtern ohne Not eingerissen worden. Schon in der Vergangenheit haben übertriebene Gefahrenprognosen im Vorfeld von politischen Demonstrationen für unverhältnismäßige Verbote und Polizeieinsätze gesorgt. Nun ist eine Tür geöffnet, durch die Law-and-Order-Politiker gehen können, um mit herbeiphantasierten Staatsgefährdungen auch den Einsatz der Bundeswehr mit militärischen Mitteln bei Großdemonstrationen und politischen Massenstreiks in der drohenden Hinterhand zu halten.

Die Linke bleibt dabei: Die vom Grundgesetz definierte Aufgabe der Bundeswehr ist die Landesverteidigung. Und die findet weder am Hindukusch noch bei Demonstrationen statt.“

Alfred Küstler

Quellen: www.bundesverfassungsgericht.de, www.ulla-jelpke.de. 17.8.

Hearing der Linksfraction im Rathaus Bonn zu „öffentliche Beschäftigung in NRW“

Zaghafter Versuch

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat am 20. Juli ein Modellprojekt für öffentlich geförderte Beschäftigung im öffentlichen oder gemeinnützigen Raum ausgeschrieben.

Mit diesem Modellprojekt wird der Ansatz verfolgt, passive Trägerleistungen in aktive Trägerleistungen umzuwandeln, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Dabei werden Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), Landesmitteln und kommunalen Leistungen miteinander verknüpft. Die öffentlich geförderte Beschäftigung soll damit ein neues Instrument der Arbeitsmarktpolitik in NRW werden.

Als Linksfraction im Bonner Stadtrat haben wir am 31. August 2012 ein Hearing mit Trägern und Vereinen veranstaltet, um das Modellprojekt kritisch zu diskutieren und die Möglichkeiten auszuloten, die das Projekt für die Region bieten kann.

Unserer Einladung kamen immerhin 15 Träger aus verschiedenen Bereichen der Wohlfahrtspflege nach. Als Referentinnen haben die Leiterin der Regionalagentur Bonn Rhein-Sieg, Martina Schönborn-Waldorf, und Kattina Schubert, Landesgeschäftsführerin der Linken Berlin und frühere persönliche Referentin des Berliner Wirtschaftssenators Harald Wolf, zu Rahmenbedingungen bzw. Erfahrungen mit der öffentlich geförderten Beschäftigung vorgetragen. Da die Regionalagenturen zusammen mit der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH (G.I.B.) die Koordinierung für die Modellprojekte übernehmen und für die Entgegennahme und Bearbeitung der Projektanträge verantwortlich sind, stellte Frau Schönborn-Waldorf die formalen Rahmenbedingungen und die erforderlichen Kriterien näher vor.

Knackpunkt: Verzahnung mit kommunalen Mitteln wie KdU und Eingliederungsleistungen

Das Projekt setzt eine systematische Verzahnung der verschiedenen Trägerleistungen aus verschiedenen Ebenen voraus. So wird es im Jobcenter im Rahmen der Eingliederungsleistung und unter dem Eingliederungstitel im Jobcenter geführt. Ohne diese Kofinanzierung durch das Jobcenter mit Eingliederungsleistungen gem. § 16a SGB II und der Verknüpfung von eingesparten passiven Leistungen der Kommune (Kosten der Unterkunft) können die Projekte nicht finanziert werden, da das Land lediglich 50 Prozent der Projektkosten trägt. Tatsächlich kam in Bonn die Zusage des Jobcenters für

eine entsprechende Kofinanzierung erst sehr kurzfristig, so dass davon ausgegangen werden kann, dass in anderen Kommunen die Umsetzung an der Kofinanzierung des Jobcenters scheitern kann. In Bonn kann mit einer Teilnehmerzahl von etwa 15 bis 20 Plätzen gerechnet werden.

Kritik der Träger: Projektlaufzeit von zwei Jahren garantiert noch keine Verstärkung oder dauerhafte Effekte

Die Projektlaufzeit beträgt nach dem Aufruf der Landesregierung zunächst zwei Jahre. Es ist aber geplant, bei erfolgreichem Verlauf die öffentlich geförderte Beschäftigung als reguläres Förderinstrument zu etablieren. Bis zum Bewerbungsschluss am 20. September können Interessenbekundungen eingereicht werden, die noch nicht näher ausgearbeitet sind. Eine detaillierte Ausarbeitung des erforderlichen Projekt- und Finanzierungsplans kann, so Schönborn-Waldorf, nach dem Bewerbungsschluss bei der Regionalagentur eingereicht werden.

Auswahl beim Jobcenter und Eignungsprüfung beim Träger: Teilnahme tatsächlich freiwillig?

Den Trägern fallen im Rahmen der Modellprojekte umfangreiche Aufgaben zu. So muss er die „Eignung“ der Teilnehmer im Vorfeld prüfen und mit den TeilnehmerInnen eine Zielvereinbarung schließen. Von einer entsprechend qualifizierten Auswahl durch das Jobcenter kann nicht ausgegangen werden. Auch ist fraglich, wie „freiwillig“ die Teilnahme für die vom Jobcenter ausgewählten Teilnehmer tatsächlich ist. Im Aufruf der Landesregierung heißt es zur Zielgruppe: „Die Teilnahme *sollte* auf freiwilliger Basis erfolgen“, was die schwächst mögliche Formulierung darstellt. Zielgruppe für die Modellprojekte sind Arbeitsuchende im ALG-II-Bezug mit mehrfachen sogenannten „Vermittlungshemmnissen“.

Welche Teilnehmer kommen wirklich aus dem Leistungsbezug?

Zentraler Punkt der öffentlich geförderten Beschäftigung ist die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen mit mindestens tariflicher Entlohnung. Wann aber bedeutet das für die TeilnehmerInnen, dass sie tatsächlich aus dem Leistungsbezug kommen? Hier muss nach den Berichten der Träger und der Regionalagentur erkannt werden, dass erst den TeilnehmerInnen in Vollbeschäftigung und ohne Familie das Einkommen reicht, den Bereich des Leistungsbezugs vollständig zu verlassen. Hier liegt mit Sicherheit eine Schwäche der öffentlich geförderten Beschäftigung. Denn erst wenn die TeilnehmerInnen von der Abhängigkeit und dem entwür-

digenden Umgang im Jobcenter erlöst werden, kann diese Freiheit wichtige Sekundäreffekte entfalten, die auch beim öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in Berlin positiv zu beobachten waren.

Fazit

Von einem Projekt wie dem in 2005 in Berlin gestarteten öffentlichen Beschäftigungssektor ist NRW noch weit entfernt. Pro Kommune kann in der NRW-Modellphase nur mit zweistelligen Teilnehmerzahlen gerechnet werden. Die Hürden und Pflichten für die Träger sind hoch. Die langfristigen Chancen für die TeilnehmerInnen ungewiss. Die Erfahrungen aus Berlin¹ mit ca. 7.500 TeilnehmerInnen aber zeigen, dass öffentlich geförderte Beschäftigung als arbeitsmarktpolitisches Instrument besser als andere Förderinstrumente geeignet ist, um

Internationaler Gewerkschaftsbund

Verletzung von Gewerkschaftsrechten weltweit

2011 war ein schwieriges und häufig gefährliches Jahr für die Arbeitnehmer/innen überall auf der Welt, und wer es wagte, für seine Gewerkschaftsrechte einzutreten, musste vielerorts mit Entlassung, Verhaftung und Inhaftierung rechnen und zum Teil sogar um sein Leben fürchten. Diese Bilanz zieht die gerade eben vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) veröffentlichte jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten in 143 Ländern.

Kolumbien bleibt das für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gefährlichste Land der Welt. Von den 76 aufgrund ihrer Gewerkschaftsaktivitäten ermordeten Menschen, zusätzlich zu denen, die bei der Unterdrückung der Proteste im Zusammenhang mit dem „Arabischen Frühling“ getötet wurden, verloren allein 29 in Kolumbien ihr Leben und weitere zehn in Guatemala – Verbrechen, die zumeist völlig ungestraft blieben. Mindestens acht Gewerkschafter/innen kamen in Asien ums Leben.

Zu den in der Übersicht hervorgehobenen globalen Trends gehören die Missachtung der Arbeitsgesetze seitens der Regierungen, mangelnde Unterstützung für die Finanzierung von Aufsichts- und Schutzsystemen, fehlende Rechte sowie Missbrauch an Wanderarbeitskräften weltweit, vor allem aber in den Golfstaaten, sowie die Ausbeutung der vorwiegend weiblichen Arbeitskräfte in den Freien Exportzonen der Welt.

Zu den schwächsten Beschäftigten überhaupt zählen zudem die weltweit rund 100 Millionen Hausangestellten.

Das Jahr 2011 war geprägt vom „Arabischen Frühling“ und den da-

Hilfestellung zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu bieten. Eine wissenschaftliche Untersuchung zu den Effekten der öffentlich geförderten Beschäftigung in Berlin zeigt auf, dass es positiv ist, nicht kurzzeitig, sondern dauerhaft gefördert zu beschäftigen. Dann kann die öffentlich geförderte Beschäftigung etwas für Gesellschaft bringen und auch den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt unterstützen. Durch Qualifizierung und sinnvolle Arbeit gibt es positive Sekundäreffekte.

Generell aber kann auch die öffentlich geförderte Beschäftigung nicht den generellen Arbeitsplatzmangel kompensieren. Hier kann nur eine grundsätzlich andere Arbeitsmarktpolitik helfen.

Anatol Koch, Fraktionsgeschäftsführer Linksfraktion im Rathaus Bonn

1) vgl. www.von-arbeit-leben.de

mit einhergehenden Revolutionen in Nordafrika, im Nahen Osten und in den Golfstaaten. In diesen Regionen wurden die Gewerkschaftsrechte besonders brutal unterdrückt, obwohl die Gewerkschaften bei den Revolutionen eine zentrale Rolle spielten, vor allem in Tunesien, Ägypten und Bahrain. Dafür mussten sie jedoch einen hohen Preis zahlen, da sich unter den Hunderten Toten und den Tausenden Verhafteten auch viele Gewerkschaftsmitglieder befanden. Die Demokratisierung hat jedoch begonnen, wie die hohe Wahlbeteiligung im November in Ägypten und die anhaltenden Proteste in Syrien und Bahrain zeigen. Und obwohl in Ländern wie Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Eritrea und dem Sudan nach wie vor keine Vereinigungsfreiheit herrscht, wurde der Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in die Wege geleitet.

Der IGB-Übersicht zufolge hat sich die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise weiterhin besonders stark auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgewirkt, da viele Regierungen immer noch auf Sparmaßnahmen setzten, anstatt das Wachstum und die Beschäftigung anzukurbeln. Die Folgen sind erschreckend, vor allem für Jugendliche. Mehr als 205 Millionen Menschen standen 2011 ohne Arbeit da. In Spanien sind 40% der Jugendlichen arbeitslos, und in Griechenland liegt die Arbeitslosenquote bei 21%. Die zur Steigerung der kurzfristigen Rentabilität und Flexibilität auf Kosten der Beschäftigten ergriffenen Maßnahmen haben nicht gegriffen. Eine Folge davon ist die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, die die Gewerkschaften in vielen Ländern daran hin-

dert, die Beschäftigten angemessen zu vertreten, wie etwa in Südafrika, Bangladesch, Kambodscha und Pakistan.

„Die Situation von Hunderttausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist mehr als besorgniserregend“, erklärt Sharan Burrow, die Generalsekretärin des IGB. „Den meisten von ihnen wird das Grundrecht auf Tarifverhandlungen und einen Gewerkschaftsbeitritt verweigert, und ihre Arbeit ist prekär. Sie arbeiten stundenlang unter gefährlichen und gesundheitsschädlichen Bedingungen und beziehen dafür Hungerlöhne, die nicht ausreichen, um sich oder ihre Familie über die Runden zu bringen. Dies ist ein Grund für die weltweite Rezession.“

In der Übersicht des IGB wird über die Unterbindung von Streiks durch Massenentlassungen, Festnahmen und Inhaftierungen berichtet, u.a. in Georgien, Kenia, Südafrika und Botswana, wo 2800 Beschäftigte nach einem Streik im öffentlichen Dienst entlassen wurden. Aber nicht nur in Entwicklungsländern ist die Vereinigungsfreiheit in Gefahr. Auch in zahlreichen Industrieländern werden die Gewerkschaftsrechte angegriffen, wie beispielsweise in Kanada, dessen konservative Regierung das Vereinigungs- und das Tarifverhandlungsrecht wiederholt untergraben hat.

Die gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten in den Freien Exportzonen bleibt der IGB-Übersicht zufolge sehr schwierig, da nach wie vor gesetzliche Beschränkungen gelten und Gewerkschaften dort größtenteils verboten sind.

Zu den schwächsten Gruppen von Beschäftigten gehören nach wie vor Wanderarbeitkräfte, insbesondere in den Golfstaaten, in denen sie die Mehrheit der Arbeitnehmerschaft stellen und über keinerlei Rechte verfügen, wie beispielsweise in Kuwait, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Unter diesen Wanderarbeitkräften befinden sich rund 100 Millionen Hausangestellte, häufig junge Frauen, die wenig über ihre Rechte wissen und keine Möglichkeit haben, sie durchzusetzen. Der IGB hat die Annahme des Übereinkommens 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte bei der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) im Juni 2011 daher sehr begrüßt, da es diesen Beschäftigten endlich das Recht auf die Gründung von Gewerkschaften und auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen zugesteht. Jetzt geht es darum, sicherzustellen, dass die Regierungen dieses IAO-Übereinkommen auch ratifizieren, und der IGB bemüht sich mit seiner „12-bis-12“-Kampagne intensiv darum, dass mindestens 12 Länder dies bis Ende des Jahres 2012 tun.

<http://www.ituc-csi.org>

Iran: Gewerkschafter unter Druck und verhaftet

Führer des IUL-Mitgliedsverbands der unabhängigen Haft-Tapeh-Zuckerfabrik-Gewerkschaft im Iran sind erneut von der Polizei unter Druck gesetzt worden. In den letzten zwei Monaten sind Mitglieder der kollektiven Führung der Gewerkschaft wiederholt von Sicherheitsbeamten kontaktiert worden und unter Druck gesetzt worden, um die Organisation aufzulösen. Sie sind gedrängt worden, Briefe zu unterschreiben, in denen sie auf ihre gewerkschaftliche Tätigkeit verzichten und ihnen im Gegenzug eine Wiedereinstellung in ihrer früheren Arbeitsposition versprochen wird. Der ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende Ali Nejati verbüßte ein Jahr Gefängnis für seine Gewerkschaftsarbeit und ist derzeit in medizinischer Behandlung für Herzchirurgie und weiter mit Gefängnis bedroht, trotz seines schlechten ge-



sundheitlichen Zustandes. Vor seiner Inhaftierung im vergangenen Jahr war Najati sechs Monate im Gefängnis und wurde dann aus seinem Job, den er seit 25 Jahren hatte, gefeuert. Einige – aber nicht alle – Haft-Tapeh-Führer, die Zeit im Gefängnis verbrachten, wurden neu in ihrer Fabrik eingestellt, aber mit befristeten Verträgen, die sie anfällig für fristlose Kündigung machen. Sie benötigen internationale Solidarität und Unterstützung.

Quelle: www.iuf.org

Türkei: Gewerkschaft bei DHL anerkennen!

DHL ist das größte Kurierunternehmen der Welt und einer der größten Arbeitgeber, mit über 470 000 Beschäftigten. Es gehört der Deutschen Post. Bekanntlich erkennt das Unternehmen in Deutschland die Gewerkschaften an und verhandelt mit ihnen. Viele halten die DHL für einen guten Arbeitgeber, und DHL brüstet sich stolz mit seiner „Unternehmensverantwortung“. Auf seiner Website schreibt das Unternehmen: „Wir fördern eine Kultur des Dialogs“. Aber nicht in der Türkei. Seit über einem Jahr hat die türkische Automobil- und Transportarbeitergewerkschaft Tümtis Beschäftigte bei DHL in der Türkei dabei unterstützt, sich zu organisieren. Seitdem sind bis-



her 24 Beschäftigte entlassen, weil sie versucht haben, eine Gewerkschaft im Betrieb zu bilden. Diese Arbeiter protestieren jetzt vor den DHL-Lagerhäusern gegen die Entlassungen und fordern ihr Recht auf Vereinigungsfreiheit. Tümtis hat immer wieder versucht, mit dem örtlichen Management eine Lösung zu finden, aber ohne Erfolg. Manager vor Ort haben anderen Beschäftigten gesagt, dass sie ihren Job verlieren werden, wenn sie nicht aus der Gewerkschaft austreten. Die Internationale Transportarbeiterföderation ITF, die mehr als 4,5 Millionen Mitglieder in 153 Ländern vereint, ruft zu globaler Solidarität mit den türkischen DHL-Beschäftigten auf.

Quelle: www.labourstart.net, 8.8.2012

Internationale Proteste gegen Verhaftung von Gewerkschaftern

Die Gewerkschaftsbewegung hat eine Kampagne für die Freilassung aktiver Gewerkschafter/innen und gewerkschaftlicher Führungsmitglieder initiiert, die im Rahmen eines konzentrierten Antigewerkschaftsfeldzugs in 20 türkischen Städten verhaftet wurden und zum Teil noch im Gefängnis sitzen. Bei der Durchsuchung mehrerer Gewerkschaftsgeschäftsstellen und Wohnhäuser am 25. Juni 2012 nahm die türkische Polizei 71 Gewerkschaftsmitglieder mit der Erklärung fest, sie führe eine Operation gegen eine terroristische Organisation durch. Die Gewerkschafter/innen sind Mitglieder der Konföderation der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst (KESK), die dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) angeschlossen ist, sowie von Mitgliedsorganisationen der KESK, darunter die ITF-Gewerkschaft Birlesik Tasimacilik Çalışanları Sendikası (BTS). 43 von ihnen wurden wieder freigelassen. 28 befinden sich noch im Gefängnis, unter ihnen der BTS-Sekretär für internationale Angelegenheiten Osman İsci und der ehemalige BTS-Präsident Yunus Akil. Der IGB und mehrere globale Gewerkschaftsverbände legten gegen diese gewerkschaftsfeindlichen Schikanen Protest ein. In einem Schreiben an den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan forderte ITF-Generalsekretär David Cockroft die sofortige und bedingungslose Freilassung aller verhafteten Gewerkschafter/innen.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>

USA: Arbeiter bei Siemens werden zur Zielscheibe

Die Gewerkschaft der Stahlarbeiter (United Steelworkers, USW) gab bekannt, dass Arbeiter eines North East Siemensbetriebs in Maryland, USA, die kürzlich der USW beigetreten sind, zur Zielscheibe der gewerkschaftsfeindlichen Haltung ihres Unternehmens werden. Das Unternehmen hat eine umfassende Anti-Gewerkschaftskampagne gestartet, für die es Ken Cannon, einen Anti-Gewerkschaftsberater, engagiert hat. Ken Cannon wirbt damit, dass er „40 Jahre Erfahrung darin hat, Unternehmensleitungen bei ihren Bemühungen zu helfen, Gewerkschaften fernzuhalten“. Diese Aktion erfolgt direkt im Anschluss an eine globale Rahmenvereinbarung, die Siemens mit dem Gesamtbetriebsrat des Unternehmens, der IG Metall und dem internationalen Industriegewerkschaftsverband IndustriALL Global Union am 25. Juli geschlossen hat. In dieser Rahmenvereinbarung verpflichtet Siemens sich, das Recht der Arbeitnehmer auf Wahl einer Gewerkschaft zu respektieren. In der Vereinbarung ist festgelegt, dass „Mitglieder von Arbeitnehmervertretungen oder Gewerkschaften aufgrund ihrer Mitgliedschaft weder Vor- noch Nachteile haben“. In seinem jüngsten Schreiben an die Arbeitnehmer erklärt Siemens Director of Operations Joe Didwall: „Siemens ist nicht der Ansicht, dass eine Gewerkschaft im besten Interesse unserer Mitarbeiter hier im Werk North East ist.“ Der General Manager, Izadore Hossler, sagte Arbeitern: „Wir werden Kunden aus dem Süden der USA verlieren, wenn wir gewerkschaftlich organisiert sind, denn die wollen mit einem Gewerkschaftsunternehmen keine Geschäfte tätigen.“ Cannon hat einigen Mitarbeitern gesagt: „Man wird euch entlassen, wenn ihr in der Gewerkschaftsfrage nicht nachgibt.“ „Das ist eine klassische Anti-Gewerkschaftskampagne“, sagte der Präsident der USW, Leo W. Gerard. „Das entspricht weder den festgelegten Prinzipien des Unternehmens noch den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation oder den US-Ge- setzen.“

Quelle: <http://www.usw.org>, August 2012

Schifffahrt: Britische Gewerkschaft gegen Lohndumping

Die britische Gewerkschaft National Union of Rail, Maritime and Transport Workers (RMT) organisierte am 17. und 18. August in Southampton und Portsmouth Proteste gegen Sozialdumping. An den gut besuchten Kundgebungen nahmen auch Vertreter/innen von vier weiteren Gewerkschaften und der ITF teil, darunter der Sekretär der ITF-

Seeleutesektion Jon Whitlow. Die RMT hat bereits mehrfach auf die Ausbeutung ausländischer Beschäftigter und die lockere Regulierung der britischen Regierung aufmerksam gemacht, die Seeleute anderer Nationalität zu leichten Opfern von Ausbeutung macht. So beschäftigt die Fährgesellschaft Condor Ferries ukrainische Seeleute zu einem Stundensatz von 2,35 Pfund (3 Euro) bzw. 28,12 Pfund (36 Euro) für eine Zwölfstundenschicht. Sie arbeiten drei Monate ununterbrochen, gefolgt von einer einmonatigen Pause, und sind im Fährverkehr zwischen Portsmouth, Weymouth oder Poole und den Kanalinseln eingesetzt. In Großbritannien beträgt der Mindestlohn für Beschäftigte im Alter über 21 Jahren etwas mehr als 6 Pfund pro Stunde (7,65 Euro). Dazu erklärte RMT-Generalsekretär Bob Crow: „Die extreme Ausbeutung ausländischer Seeleute im britischen Schifffahrtssektor ist ein Skandal, den die politische Elite gerne vertuschen möchte. Das wundert nicht, denn es sind ihre betuchten Freunde, die die Schifffahrtsgesellschaften betreiben und von dieser Betrugerei profitieren, mit der sie normale Beschäftigungsvorschriften aushebeln, während sich die Europäische Union blind stellt.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 20.8.2012

Großbritannien: Jobcenter-Streik gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen

Die Gewerkschafter der PCS wehren sich gegen eine Reform, die durch unrealistische Zielvorgaben wachsenden Druck auf die Beschäftigten und die Arbeitslosen in Jobcentern ausübt. Bereits im Januar hatte es in Schottland deswegen einen 48-Stunden-Streik gegeben. Am 13. August streikten die Jobcenterbeschäftigten erneut. Mehr als 6 000 PCS-Mitglieder in 32 Callcentern in England, Schottland und Wales haben teilgenommen. Bereits im vergangenen Jahr protestierten sie gegen drakonische Bedingungen. Trotz der Verhandlungen weigert sich das Arbeitsamt-Management immer noch, den Mitarbeiter die Flexibilität zu geben, die sie brauchen, um mit Anfragen vollständig und professionell umgehen. Die Gewerkschaft sagt, dass die Jobcenterbosse nur daran interessiert sind, immer mehr Kläger (Antragsteller) abzuweisen, statt sich mit ihren Anfragen korrekt zu befassen. PCS General Sekretär Mark Serwotka sagte: „Mit einer bleibenden hohen Arbeitslosenquote und unsere Wirtschaft in der Rezession ist es beschämend, dass Jobcenterbosse sich noch immer weigern, ihren Angestellten die Möglichkeit zu bieten, die Art der Hilfe und Beratung zu leisten, die die Leute brauchen. Diese Call-Center bieten eine lebenswichtige Rettungsleine.“

Quelle: <http://www.pcs.org.uk>, 13.8.2012

Griechische Stahlarbeiter beenden ihren Streik

Nach 273 Tagen beendeten die griechischen Stahlarbeiter der Elliniki Chalyvouirgia ihren Streik. Man habe sich dazu entschlossen, um die Versuche der Unternehmensleitung, die Arbeiter zu spalten, zu beenden, erklärte Betriebsratsvorsitzender Giorgos Sofianos.

Die Beschäftigten würden „hoherhobenen Hauptes“ an die Arbeit zurückkehren und sich dort weiterhin für die Wiedereinstellung von 120 entlassenen Kollegen einsetzen. In der Vollversammlung der Stahlarbeiter am Samstag hatten 107 Arbeiter für ein Ende des Streiks und 14 dagegen gestimmt, 29 hatten sich enthalten. Dem Beschluss vorausgegangen war ein letztes Treffen mit Arbeitsminister Giannis Vrotsis. Dabei hatten die Streikenden erneut den Abzug der Bereitschaftspolizei von den Werkstoren sowie erfolglos die sofortige Wiedereinstellung von mindestens 40 der Entlassenen gefordert.

Mit dem über neun Monate dauernden Streik der Stahlarbeiter geht einer der längsten Arbeitskämpfe in der Geschichte des Landes zu Ende. Er hatte im vergangenen Oktober mit der Forderung der Unternehmensleitung begonnen, eine Arbeitszeit von fünf Stunden pro Tag und fünf Tagen pro Woche bei 40-prozentiger Lohnkürzung zu akzeptieren. Andernfalls werde man 180 Arbeitern kündigen. Der von der kommunistisch orientierten Gewerkschaftsfront PAME dominierte Betriebsrat hatte sich jedoch nicht erpressen lassen und abgelehnt. Die daraufhin innerhalb von zwei Tagen vorgenommenen Entlassungen von insgesamt 34 Kollegen hatte die Belegschaft geschlossen mit dem Streikbeschluss beantwortet.

Der über 273 Tage geführte Arbeitskampf war landesweit und international mit ungeheurer Solidarität begleitet worden.

Dennoch war es der Unternehmensleitung gelungen, die Arbeiter im zweiten Werk der Elliniki Chalyvouirgia im zentralgriechischen Volos von der Beteiligung am Arbeitskampf abzuhalten und einen Großteil der Aufträge des bestreikten Werkes dort fertigen zu lassen. Anfang Juli legte die Vollversammlung der Streikenden der Unternehmensleitung ein Angebot vor: Wenn sofort 40 der mittlerweile 120 entlassenen Arbeiter eingestellt würden, werde man an die Arbeit zurückkehren. Die Unternehmensleitung antwortete mit dem vom griechischen Ministerpräsidenten persönlich angeordneten Einsatz der Bereitschaftspolizei, mit dem Streikbrechern der Zugang zum Werk ermöglicht wurde.

Quelle: <http://www.jungewelt.de>

Forderungen zum Antikriegstag

KASSEL. Der Bundesausschuss Friedensratschlag ruft mit einer umfangreichen Erklärung zum Antikriegstag auf. Die Hauptforderungen lauten: „Keine Militärintervention in Syrien! Hände weg von Iran! Waffenexporte stoppen – Keine Kampfpanzer nach Saudi-Arabien! Gegen Nazis, Rassismus und Fremdenhass! Gegen die Militarisierung der Inneren Sicherheit!“

www.ag-friedensforschung.de

Internationaler Afghanistan-Friedenskongress 2012

BONN. Zurzeit bereiten Teile der Friedensbewegung sowie in Deutschland lebende Afghanen einen internationalen Friedenskongress zu Afghanistan vor. Ausgehend von den Forderungen einer sofortigen Waffenruhe und des Abzuges aller Interventionskräfte wollen sich zivilgesellschaftliche Kräfte aus Afghanistan, dem afghanischen Exil und der europäischen Zivilgesellschaft über die anstehenden vielfältigen Fragen und Aufgaben der kommenden afghanischen Entwicklung austauschen. Es geht darum, welche praktischen politischen Vorstellungen für die notwendigen Eckpunkte Frieden, Sicherheit, Entwicklung und Gerechtigkeit gemeinsam entwickelt werden können. Der Kongress „Stoppt den Krieg – Frieden in Afghanistan“ ist für den 13. und 14. Oktober 2012 geplant und wird, wie schon die Anti-Kriegs-Konferenz im Rahmen der Petersberg-II-Proteste, im LVR-Landesmuseum (500 Meter vom Hbf entfernt) in Bonn stattfinden.

www.afghanistanprotest.de

Aufschrei-Kampagne gegen Leopard-Lieferungen und Kleinwaffen-Exporte

BERLIN. Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ rief am 27. August in Berlin zur Teilnahme und aktiven Unterstützung der bundesweit mehr als 50 Protestveranstaltungen gegen Waffenhandel am 1. September auf. „Angesichts des Massenmordens mit den deutschen Sturmgewehren G3 und G36 und Maschinenpistolen MP5 und MP7“, forderte Jürgen Grässlin, Kampagnensprecher und Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), „einen vollständigen Stopp von Kleinwaffenexporten“. Indem die Bundesregierung Rüstungsexporte und Lizenzvergaben an menschenrechtsverletzende Staaten wie Saudi-Arabien genehmige, mache sie sich laut Grässlin „mitschuldig am tödlichen Einsatz deutscher Waffen“. Bis zum heutigen Tag seien nach Grässlins Berechnungen weit mehr als 1,6 Millionen Menschen durch Kugeln aus



dem Lauf von Waffen der Oberndorfer Firma Heckler & Koch (H&K) erschossen worden – „Tendenz stark steigend“. In enger Kooperation mit der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ steht ein vom Berliner Politikwissenschaftler Prof. Peter Grottian initiiertes Bündnis „Legt den Leo an die Kette“. Dieses Personenbündnis will mit vielfältigen Aktionen die Lieferung von bis zu 800 Leopard-Kampfpanzern an Saudi-Arabien verhindern.

www.aufschrei-waffenhandel.de

Paritätischer: Hilfen zum Schul-anfang reichen nicht

BERLIN. Eine Auswertung des Paritätischen Gesamtverbandes von Einkaufsempfehlungen für Erstklässler von Schulen aus dem gesamten Bundesgebiet (ausgewählt nach dem Zufallsprinzip) hat ergeben, dass zum Schulanfang mindestens 178 Euro für notwendige Anschaffungen aufgewandt werden müssen. Weitere Kosten im Zusammenhang mit dem Schulbesuch, etwa die häufig vorab gesammelten Kopierkosten, sind darin noch gar nicht berücksichtigt. Das für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen gewährte „Schulbedarfspaket“ ist damit absolut unzureichend. In einem offenen Brief an Frau Bundesministerin von der Leyen weist der Vorsitzende des Paritätischen Prof. Rolf Rosenbrock auf die deutlich zu niedrigen Leistungen zum Schulanfang hin und bekräftigt noch einmal die Forderung des Verbandes nach einer bedarfsgerechten Gestaltung der Leistungen und die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Leistungen des § 11 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. In seinem Konzept „Kinder verdienen mehr“ hat der Paritätische dazu bereits detaillierte Vorschläge vorgelegt.

www.der-paritaetische.de

Antisemitische Gewalt: Angriff auf die Religionsfreiheit – Erklärung von pax christi

Berlin. pax christi verurteilt auf das Schärfste den Angriff auf den Rabbiner der jüdischen Gemeinde in Berlin am 28. August 2012. Er wurde im Bezirk Schöneberg auf offener Straße geschlagen und schwer verletzt. Der Angriff wurde von noch nicht näher bekannten – angeblich arabischen – Ju-

gendlichen ausgeführt. Diese Tat stellt nicht nur eine körperliche Verletzung dar, sondern ist mit den offenbar antisemitischen Äußerungen der Täter auch ein Angriff auf jüdisches Leben in Deutschland und auf das ungestörte und gleichberechtigte Zusammenleben verschiedener Religionen.

Es ist beunruhigend, dass solche rassistische Gewalt auf offener Straße geschehen kann. Auch eine kritische Sicht auf den Nahostkonflikt und israelische Politik rechtfertigt in keinsten Weise solche Gewalttätigkeiten. Antisemitische Delikte sind weiterhin ein Problem unserer Gesellschaft. So wurden nach Angaben der Bundesregierung im zweiten Quartal 2012 etwa 197 verübte Straftaten mit antisemitischem Hintergrund registriert.

www.paxchristi.de

8. September: Flüchtlingsmarsch nach Berlin

BERLIN. Die streikenden Flüchtlinge in ganz Deutschland, die einen starken und koordinierten gemeinsamen Protest begonnen haben, wollen am 8. September eine neue Aktion starten: Diese Aktion wird allein von Asylsuchenden selbst organisiert und ist unabhängig von jeglichen politischen Parteien oder Gruppen. Der Marsch nach Berlin wird gleichzeitig auf zwei verschiedenen Routen stattfinden: Auf der einen werden Flüchtlinge von Würzburg nach Berlin marschieren. Die andere führt mit Transportmitteln über die Flüchtlingslager Westdeutschlands. Beide Gruppen werden gleichzeitig in Berlin ankommen und dort zusammentreffen. Diese Aktion wird zunächst von Asylbewerbern aus Bayern und Baden-Württemberg ausgehen, wird sich aber nicht auf diese beiden Bundesländer beschränken. Alle Asylbewerber die in Lagern oder Städten auf dem Weg nach Berlin leben, werden besucht und eingeladen, am Protest teilzunehmen. Das Organisationskomitee der streikenden Asylbewerber fordert:

- Abschaffung aller Flüchtlingslager in Deutschland
- Abschaffung der Abschiebebesetze. Abschiebung ist unmenschlich und dient nur den politischen und ökonomischen Interessen der Mächtigen
- Abschaffung der Residenzpflicht

„Wir alle haben unsere Länder aus verschiedensten Gründen verlassen und

kamen in dieses Land in der Hoffnung auf ein besseres und sicheres Leben. Die meisten von uns haben Tausende von Kilometern zurückgelegt, haben dabei alle möglichen Qualen, Gefahren und viel Leid ertragen. Wir haben das alles in Kauf genommen in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Nun ist es vielleicht an der Zeit, dieselben Schuhe anzuziehen, die wir auch auf unserer Flucht getragen haben. Nun ist es vielleicht an der Zeit noch ein paar mehr Kilometer zu laufen, diesmal aber nicht alleine, sondern alle gemeinsam für eine bessere Welt.“ <http://thevoiceforum.org>

30. August – Tag gegen Abschiebungen

BERLIN. In einer gemeinsamen Pressemitteilung der Initiative gegen Abschiebehaft und des Flüchtlingsrats Berlin heißt es: „Im offiziellen Erinnern an das rassistische Pogrom in Rostock-Lichtenhagen vor 20 Jahren war viel von Solidarität die Rede und von der Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Nicht zur Sprache kam, dass die Würde von Flüchtlingen und Migranten durch diskriminierende Gesetze und Behördenhandeln bis heute täglich verletzt wird. Die Initiative gegen Abschiebehaft und der Flüchtlingsrat Berlin fordern die Bundesregierung auf, den Sonntagsreden Taten folgen zu lassen: Wir fordern eine Politik, die Flüchtlinge schützt statt abwehrt. Wir fordern die sofortige Abschaffung von Abschiebehaft, Abschiebungen und des Flughafenasyilverfahrens. Zu verzichten ist auch auf die Einweisung in Sammelager, Essenpakete, Residenzpflicht, Arbeits- und Ausbittungsverbote.“ Christiane Mende von der Initiative gegen Abschiebehaft betont: „Wer von Rassismus spricht, darf den institutionellen Rassismus nicht vergessen. Die Eröffnung des Flughafenasylnests am Jahrestag des Rostocker Pogroms ist ein Skandal. Mit der Abschaffung von Abschiebehaft und Abschiebungen sowie einer humanen, solidarischen Asyl- und Migrationspolitik könnte die Bundesregierung ein starkes Zeichen im Kampf gegen Rassismus setzen und die Würde der Menschen ehren, die bislang durch die bundesdeutsche Abschiebepolitik ihr Leben lassen mussten.“

www.fluechtlingsrat-berlin.de

Bundesweite Unterstützung für neues Bündnis umFAIRteilen

BERLIN. Das Bündnis „umFAIRteilen – Reichtum besteuern“ gewinnt bundesweit an Unterstützung. Seit dem Auftakt Anfang August haben sich mehr als 15 lokale umFAIRteilen-Bündnisse gebildet, die sich für die stärkere Besteuerung von Reichtum einsetzen. Zahlreiche neue Partner haben sich dem Bündnis angeschlossen, u.a. der Deutsche Beamtenbund Hamburg, die Diakonie

Berlin-Brandenburg und der DGB Region Köln-Bonn. Mit diversen Veranstaltungen wird ab sofort regional für den Aktionstag am 29. September mobilisiert. „Wir haben mit unserer Initiative einen Nerv getroffen, wie die Debatte der letzten Wochen zeigt. Die Bürgerinnen und Bürger sind offensichtlich nicht länger bereit, die wachsende Ungleichheit in unserem Land hinzunehmen. Die überwältigende Resonanz zeigt: Die Menschen wollen einen funktionierenden Sozialstaat und wissen, dass wir die künftigen Herausforderungen nur bewältigen können, wenn wir zu einer gerechten und vernünftigen Finanzierung kommen“, so Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. Konkret fordert das Bündnis eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe. „In ganz Europa machen Schulden die Staaten zu Marionetten der Finanzmärkte, in immer mehr Städten und Gemeinden müssen Schwimmbäder und Büchereien schließen, sind Schulgebäude und Straßen kaputt. Ohne eine spürbare Umverteilung von Reich zu Arm wird Politik künftig keinerlei Gestaltungsspielräume mehr haben“, warnt Jutta Sundermann von Attac Deutschland. Für den Aktionstag am 29. September sind Kundgebungen mit jeweils mehreren tausend Teilnehmenden in Berlin, Bochum, Frankfurt am Main, Köln und Hamburg geplant. In weiteren Städten finden Aktionen statt, viele lokale Bündnisse organisieren Gruppenfahrten zur nächsten großen Stadt.

<http://umfairteilen.de>

Wenig Konkretes, Wichtiges fehlt

BERLIN. Peter Altmaier hat am Donnerstag, 17. August 2012, seinen Zehn-Punkte-Plan zur Energiewende in Berlin vorgestellt. Der Bundesumweltminister benennt darin zehn Ziele, die er bis zur kommenden Bundestagswahl erreichen will. Unter anderem will er die Energiewende zur Kernaufgabe einer modernen Umwelt- und Wirtschaftspolitik machen, den Klimaschutz mit neuem Schwung vorantreiben und die Entsorgung des Atommülls im Konsens regeln. An den Stellen, wo sich Peter Altmaier zu atompolitischen Fragestellungen äußert, bleibt er sehr vage und weit hinter den Forderungen der Anti-Atom-Bewegung zurück ... Schlimmer noch: Die Möglichkeit eines schnelleren Ausstiegs wird in dem Zehn-Punkte-Plan an keiner Stelle erwähnt. Der Minister möchte trotz Fukushima mindestens zehn weitere Jahre an der Atomkraft festhalten ... Bis Ende September will Peter Altmaier einen Entwurf für ein Endlagersuchgesetz vorlegen, das noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll. Das Gesetz soll in einem fraktions- und länderübergreifenden Konsens erarbeitet werden. Was das konkret

bedeutet, schreibt der Bundesumweltminister nicht. Aber bei diesem Tempo kann es die notwendige Bürgerbeteiligung und Transparenz, die Peter Altmaier selbst als Voraussetzung für erfolgreiche Umweltpolitik definiert, nicht geben. Mitbestimmung bleibt in diesem Fall nur eine hohle Phrase. Der Plan schließt darüber hinaus den Standort Gorleben als Endlager nicht aus. Dabei ist dieser politisch verbrannt und geologisch ungeeignet www.ausgestrahlt.de/

Good Food March nach Brüssel: Auftakt in München am 25. August

MÜNCHEN. Am 25. August startete in München die deutsche Route des Good Food Marchs für eine ökologischere und sozialere EU-Agrarpolitik. Am 19. September 2012 treffen die Radlerinnen und Radler in Brüssel ein. „Dieses europaweite Bündnis für eine bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaftspolitik ist einzigartig. Die Wünsche der Menschen aus Süd-, Mittel- und Nord-Europa, der Bauern, Bürger und Umweltschützer sind aufgrund ihrer unterschiedlichen Lebensrealitäten oftmals sehr unterschiedlich, aber in einem sind sie sich einig: ein Weiter so ist keine Option. Die EU darf nicht weiter eine Politik betreiben, die bäuerliche Strukturen zerstört und der Agrarindustrie Tür und Tor öffnet. Wir dürfen keinen Bauernhof mehr verlieren“, so Regine Holloh, die Organisatorin der deutschen Route. „Nutzen wir die Chance, dass dieses Jahr die europäische Agrarpolitik reformiert wird. Steuergelder für Bauernhöfe anstatt für die Agrarindustrie!“ Europaweit sind im Rahmen des Good Food March über 50 Veranstaltungen in 15 europäischen Ländern geplant. Die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ ist eine von FIAN und über weiteren 40 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz sowie der Entwicklungszusammenarbeit getragene Initiative, die sich für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik engagiert. Ziel ist es mit der EU-Agrarreform 2013 einen Systemwechsel hin zu einer nachhaltigen, sozialen und bäuerlichen Landwirtschaft einzuleiten. www.fian.de/online



Redclaim your city – Heliosfest zeigt Wille zur Mitgestaltung in Ehrenfeld

Ein buntes kulturelles Wochenende erlebten die Ehrenfelder BürgerInnen am 25./26. August. Organisiert von der Bürgerinitiative Helios und den Machern des Undergrounds präsentierten sich auf dem Helios-Fest zahlreiche anliegende lokale Kunst- und Kulturschaffende und untermauerten ihren Anspruch auf die Zukunft der Heliosstraße als Kunst- und Kulturmeile. Unterstützt wurden sie dabei von namhaften Kölner KünstlerInnen: Frank Schätzing, Brings, Gentleman und Helmut Zerlett sind nur einige der Namen, die in den zwei Tagen vor hundertten von Gästen auftraten – und sich dabei auch nicht von einem sehr verregneten Sonntag haben abschrecken lassen.

„Wie versprochen werden wir auch nach der Bürgerbeteiligung ein wachsaues Auge auf das Heliosgelände haben“, so Hawe Möllmann, Sprecher der BI. Das ist auch bitter nötig. Zwar kann sich das Ergebnis der Bürgerbeteiligung sehen lassen: In einem sieben Punkte umfassenden Leitbildkodex wird die Zukunft des Helios-Geländes klar umrissen. Dem vom Investor Bauwens-Adenauer ursprünglich geplanten Einkaufszentrum wird eine klare Absage erteilt. Stattdessen soll auf dem Helios-Gelände ein Bildungs- und Kulturzentrum entstehen – zentral ist hierfür die von den Teilneh-

merInnen der Bürgerbeteiligung geforderte Ansiedlung der Inklusiven Universitätsschule. Die Umsetzung dieses gemeinsam von der Universität Köln und der Studierendenvertretung entwickelten innovativen Schulmodells ist mit der Beibehaltung der bisherigen Kultur- und Kunsträume, wie dem Underground oder dem Design-Quartier-Ehrenfeld, gut zu vereinbaren. Dies ist besonders wichtig um den Charakter Ehrenfelds zu bewahren. Denn die Clubs und Bars zwischen Vogelsanger Straße, Ehrenfeldgürtel und Grüner Weg sind wichtige Hotspots für das Veedel. Die hier veranstalteten Partys und Konzerte locken regelmäßig hunderte von BesucherInnen nach Ehrenfeld und tragen damit auch zur Ansiedlung und Belebung der Lokale und Bars in der Venloer und angrenzender Straßen bei.

Doch auch wenn das Ergebnis der Bürgerbeteiligung im Stadtteil breit unterstützt wird, herrscht in der Stadtspitze offenbar die Vorstellung vor, dass kommunale Demokratie ihre Grenzen dort findet, wo die Stadtkasse anfängt. So steht die Umsetzung der Inklusiven Universitätsschule nach dem Willen von Oberbürgermeister Roters (SPD) auf der Kippe. In einem Interview mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 15.8.2012 kün-

digte er an, Soziales und Bildung in Köln nicht vom Sparen verschonen zu wollen (als wäre dies jemals der Fall gewesen); daher könne sich die Stadt Köln allein die Inklusive Universitätsschule nicht leisten. Dabei ist klar: Wenn die Schule nicht auf das Helios-Gelände kommt, ist alles wieder offen. Die zweijährige Bürgerbeteiligung wäre als ergebnislose Anhörung gescheitert und der Bestand der Kunst- und Kultureinrichtungen erneut gefährdet.

Die Stimmung auf dem Helios-Fest machte klar deutlich, dass weder die Bürgerinitiative noch die Menschen in Ehrenfeld gewillt sind, sich mit diesem sattsam bekannten Argument der leeren Kassen in ihren Mitbestimmungsrechten beschneiden zu lassen. Mit der von der BI organisierten Veranstaltung „Bürger gestalten Zukunft: Wieweit (nicht nur) bei Helios?“ wird der Dialog mit Stadtspitze und Verwaltung fortgesetzt und gezeigt, dass man nicht gewillt ist, sich den Gestaltungsprozess aus der Hand nehmen zu lassen. Ein dringend notwendiges Zeichen – demonstriert doch nicht zuletzt die Entwicklung des Bürgerhaushaltes die Gefahr, dass Bürgerbeteiligung immer mehr zu einer entscheidungs- und folgenlosen Farce verkommt.

Dirk Hansen

Kommunalwahl in Dortmund – SPD gewinnt, Linke verliert

Nur einen Tag nach der letzten Kommunalwahl 2009 haben der damalige Dortmunder Oberbürgermeister Gerhard Langemeyer und die Kämmerin

Christiane Uthemann (beide SPD) die Öffentlichkeit über ein großes Haushaltsloch informiert, das sie bis dahin aus wahltaktischen Gründen ver-

Das Gesamtergebnis der Wahl des Rates sowie Vergleich zur Wahl des Rates 2009

Abb. 3

Merkmal	Wahl des Rates 2012		Wahl des Rates 2009		Veränderungen 2012 / 2009	
Wahlberechtigte	451.439		449.610		1.829	
Wähler insgesamt	147.738		210.050		-62.312	
dar. Briefwähler	41.692		49.811		-8.119	
Wahlbeteiligung in v.H.	32,7		46,7		-14,0	
Ungültige Stimmen	2.244		3.581		-1.337	
Gültige Stimmen	145.494		206.469		-60.975	
Von den gültigen Stimmen entfielen auf ...	absolut	prozentual	absolut	prozentual	absolut	prozentual
SPD	63.616	43,7	78.018	37,8	-14.402	5,9
CDU	39.627	27,2	59.316	28,7	-19.689	-1,5
GRÜNE	25.081	17,2	31.877	15,4	-6.796	1,8
FDP	3.739	2,6	13.106	6,3	-9.367	-3,8
BÜRGERLISTE	2.760	1,9	4.065	2,0	-1.305	-0,1
DIE LINKE	5.071	3,5	11.381	5,5	-6.310	-2,0
Linkes Bündnis	782	0,5	1.183	0,6	-401	0,0
FBI	1.684	1,2	2.236	1,1	-552	0,1
NPD	2.771	1,9	1.760	0,9	1.011	1,1
Aufbruch Grundeinkommen	166	0,1	211	0,1	-45	0,0
Rengel - Einzelbewerber	22	0,0	17	0,0	5	0,0
DUW 2009	175	0,1	223	0,1	-48	0,0
DVU (nur 2009)	-	-	3.076	1,5	-	-

schwiegen hatten. Wegen dieser Wahlmanipulation musste, nach langem juristischem Tauziehen, am 26. August eine Wiederholungswahl abgehalten werden. Für die Linkspartei endete auch diese Wahl mit einer Niederlage, sie verliert zwei Prozentpunkte und rutscht von 5,5 auf 3,5 Prozent. Immerhin schafft sie es mit drei Stadtverordneten (vorher fünf) wieder in Fraktionsstärke in den Rat einzuziehen, und zehn von zwölf Bezirksvertretungssitze zu halten. Die Hoffnung, dass sich die Linkspartei im Westen vor allem über die Kommunalpolitik in den großen Städten halten und eventuell konsolidieren kann, hat damit noch Bestand.

Wir zitieren im Folgenden aus der Kurzwahlanalyse der Stadt Dortmund und dokumentieren die Tabelle mit den Ergebnissen der Wahltagsbefragung (1). Demnach hat die Linkspartei ein Mobilisierungsproblem. Nur etwas mehr als die Hälfte ihrer Anhänger wählte sie auch, 30 Prozent wählten die SPD, der es wiederum gelang, 75 % ihrer Anhänger zu mobilisieren. Und weil für fast 60 Prozent derjenigen, die SPD wählten, die landespolitischen Gründe ausschlaggebend waren, konnte diese trotz der Trickserei von Langemeyer noch zulegen. Die Piraten durften nicht kandidieren, weil sie vor zwei Jahren auch nicht kandidiert haben. Ihre Anhänger wählten zu rund 20 Prozent die

Linkspartei bzw. das linke Bündnis. Damit fehlen bei der nächsten Wahl viele Stimmen aus diesem Lager. Immerhin sieben Prozent der Erstwähler haben angegeben die Linkspartei gewählt zu haben, bei den Männern wollen es sogar acht Prozent gewesen sein. Kann sein, dass u.a. dort die zu hohen Gesamtwerte der Befragung herkommen. Wahrscheinlicher erscheint der

Wert der Stammwähler mit 3,1 Prozent und der Wechselwähler mit 8,4 Prozent. Außerdem haben 11,4 der im Ausland geborenen Wähler Die Linke gewählt. Wichtige Hinweise geben die Werte der Dominanz Bundespolitik/Landespolitik/Kommunalpolitik. So haben mit 8,6 Prozent der Wähler, für die Bundespolitik dominiert, überdurchschnittlich viele Linke gewählt,

aber immerhin auch 5,7 Prozent der Wähler mit der Vorliebe für Kommunalpolitik. Außerdem haben 11,1 Prozent der Wähler mit Kandidatenpräferenz die Linke gewählt. Das spricht für die Dortmunder Kandidatinnen und Kandidaten, und dafür über die kommunalpolitische Verankerung das sog. Vertrauenskapital vor Ort weiter auszubauen.

Thorsten Jannoff

KURZBERICHT AUF BASIS DER VORLÄUFIGEN ERGEBNISSE

- Nie haben weniger Dortmunderinnen und Dortmunder für ihren Rat abgestimmt: Nur rund jede/r Dritte gibt drei Jahre nach den für ungültig erklärten Kommunalwahlen erneut seine Stimme ab.

- SPD gewinnt Wiederholungswahl des Rates: Mit einem Plus von 5,9 Prozentpunkten gegenüber der 2009er Wahl erreicht sie einen Stimmenanteil von 43,7 % und wird mit deutlichem Abstand stärkste Ratsfraktion.

- Leichte relative Gewinne können auch die GRÜNEN verbuchen. Mit 17,2 % (+1,8 Pp.) erreichen sie ihr bisher höchstes Ergebnis bei einer Dortmunder Ratswahl. Verluste hingegen gab es für die CDU (27,2 % /-1,5 Pp.), Die Linke (3,5 % / -2,0 Pp.) und die FDP (2,6 % / -3,8 Pp.).

- Alle großen Parteien erhalten weniger Stimmen als 2009. Die FDP verliert über 70 %, Die Linke über die Hälfte und die CDU gut ein Drittel ihrer Wählerschaft. Etwas moderater fallen die Mobilisierungsprobleme bei SPD und GRÜNEN aus, die jeweils rund jede fünfte Wählerstimme einbüßen.

- Die SPD legt auch bei den Bezirksvertretungswahlen flächendeckend zu und wird in neun der elf Stadtbezirke, in denen erneut gewählt wurde, stärkste Fraktion. In Aplerbeck und Hombruch erhalten SPD und CDU gleich viele Sitze.

- Die Wahltagsbefragung zeigt, dass SPD und CDU ihre Anhänger besser an die Partei binden konnten als GRÜNE und FDP. Zwischen SPD und GRÜNEN finden in beiden Richtungen vergleichsweise große Wählerbewegungen statt.

- Die Wahltagsbefragung zeigt auch, dass die SPD ihr gutes Ergebnis vor allem den vergleichsweise vielen Wählerinnen und Wählern verdankt, für die landespolitische Belange wahlentscheidend waren. Bei denjenigen, die kommunalpolitische Aspekte als entscheidend anführen, ist die Zustimmung für die SPD deutlich schwächer ...

- Ein Plus von 1,1 Prozentpunkten auf 1,9 % ist für die NPD festzustellen – damit hat sie jedoch nicht alle Wählerinnen und Wähler der bei der Wiederholungswahl nicht mehr angetretenen DVU (2009: 1,5 %) für sich gewinnen können ...

Stimmenanteile für die Ratswahl nach Angaben der Befragten in %

Abb. 11

Merkmal	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	BÜRGER-LISTE	Linke Parteien ¹⁾	NPD	Sonstige ²⁾
Gesamt	44,7	23,6	18,4	3,6	2,0	5,7	1,5	0,6
SPD-Anhänger	75,5	5,6	12,5	0,7	1,3	3,3	0,6	0,4
CDU-Anhänger	9,6	81,4	2,8	3,4	1,2	0,6	0,6	0,3
GRÜNEN-Anhänger	29,6	6,3	54,8	1,0	1,7	6,6	0,0	0,0
FDP-Anhänger	6,0	37,3	7,5	44,8	3,0	0,0	1,5	0,0
DIE LINKE-Anhänger	30,4	2,2	4,3	4,3	0,0	56,5	2,2	0,0
PIRATEN-Anhänger	25,0	15,9	13,6	2,3	13,6	20,5	2,3	6,8
Anhänger rechter Parteien	9,1	9,1	4,5	0,0	9,1	13,6	54,5	0,0
Sonstige Wähler / Anhänger keiner Partei	36,1	19,4	19,4	5,6	4,2	8,3	4,2	2,8
Stammwähler ³⁾	57,0	23,6	12,7	2,3	0,2	3,1	1,0	0,1
Wechselwähler	31,5	24,4	24,0	5,1	3,6	8,4	2,0	1,0
Erstwähler	25,9	16,7	37,0	1,9	5,6	7,4	3,7	1,9
Frauen	45,5	23,3	21,1	2,8	1,7	4,4	0,7	0,5
dav. 16 - 24 Jahre	31,1	19,7	37,7	1,6	3,3	4,9	0,0	1,6
dav. 25 - 34 Jahre	44,3	18,2	26,1	2,3	2,3	2,3	3,4	1,1
dav. 35 - 44 Jahre	44,4	14,5	30,8	3,4	1,7	4,3	0,9	0,0
dav. 45 - 59 Jahre	42,6	20,1	25,0	3,3	2,0	6,6	0,0	0,4
dav. 60 Jahre und älter	52,9	33,5	6,6	2,5	0,8	2,9	0,4	0,4
Männer	43,8	23,7	16,0	4,3	2,2	7,0	2,4	0,6
dav. 16 - 24 Jahre	41,4	14,9	18,4	9,2	1,1	8,0	5,7	1,1
dav. 25 - 34 Jahre	45,1	17,1	19,5	4,9	0,0	3,7	8,5	1,2
dav. 35 - 44 Jahre	37,9	21,8	24,2	4,8	3,2	4,8	1,6	1,6
dav. 45 - 59 Jahre	39,4	25,3	19,7	3,6	2,4	8,4	0,8	0,4
dav. 60 Jahre und älter	50,5	27,7	7,6	3,1	2,4	7,3	1,4	0,0
Volks-/Hauptschulabschluss	67,3	18,8	4,6	1,4	2,0	4,9	0,6	0,3
Mittlere Reife/Fachoberschulreife	47,5	24,7	13,0	2,9	2,9	6,2	2,6	0,3
Fachhoch-/Allg. Hochschulreife	33,6	25,2	26,9	4,9	1,7	5,8	1,4	0,6
(Noch) Kein Schulabschluss	18,4	26,3	36,8	2,6	0,0	7,9	5,3	2,6
Geboren in Dortmund (oder Umgebung)	47,9	22,9	16,3	4,1	1,7	4,5	2,0	0,7
Geboren in Deutschland (Rest)	36,4	25,4	24,3	2,9	2,4	7,5	0,9	0,2
Geboren im Ausland	43,2	23,9	15,9	1,1	3,4	11,4	1,1	0,0
Deutsche seit Geburt	44,5	23,8	18,4	3,7	1,9	5,6	1,7	0,5
Deutsche, später geworden	37,3	24,1	22,9	1,2	4,8	8,4	0,0	1,2
Nicht-Deutsche	Nicht aussagefähig aufgrund zu niedriger Fallzahl.							
Starkes kommunalpolitisches Interesse	45,3	24,2	17,0	3,7	1,6	6,1	1,9	0,2
Mittleres kommunalpolitisches Interesse	43,2	24,1	20,8	2,5	2,5	4,9	1,3	0,7
Geringes kommunalpolitisches Interesse	41,6	18,6	21,2	6,2	2,7	7,1	0,9	1,8
Dominanz Bundespolitik ⁴⁾	46,0	25,9	11,0	3,7	1,9	8,6	2,1	0,8
Dominanz Landespolitik	59,3	15,6	17,7	2,2	0,7	2,9	1,4	0,2
Dominanz Kommunalpolitik	35,7	27,8	23,0	3,4	2,9	5,7	1,2	0,2
Dominanz Kandidatin/Kandidat	33,3	28,6	14,3	7,9	3,2	11,1	1,6	0,0
Dominanz Sonstige Gründe	25,6	16,3	34,9	9,3	0,0	2,3	4,7	7,0

¹⁾ DIE LINKE, Linkes Bündnis

²⁾ FBI, Aufbruch Grundeinkommen, Rengel, DUW 2009

³⁾ Fragebogen: „Wähle immer die gleiche Partei“

⁴⁾ Fragebogen: „Welcher Aspekt spielte für Ihre Wahlentscheidung die wichtigste Rolle?“

1) Die Wahltagsbefragung fand in siebzehn über das Stadtgebiet verteilten, repräsentativ ausgewählten Wahllokalen statt. Dort wurde jede vierte Wählerin bzw. jeder vierte Wähler nach der Stimmabgabe gebeten, an einer kurzen Befragung teilzunehmen ... Ziel der Wahltagsbefragung ist nicht eine Prognose der Wahlergebnisse. Das wird schon dadurch unmöglich, dass ausschließlich Urnenwähler und keine Briefwähler befragt werden. Zudem bringt die Stichprobe ungeachtet der repräsentativen Auswahl der Lokale geringfügige Verzerrungen mit sich ... Befragt worden sind etwas mehr als 1.600 Personen. Diese Stichprobengröße bringt Grenzen in der Aussagekraft mit sich. So sind verlässliche kleinräumige Aussagen etwa für einzelne Wahllokale oder Stadtbezirke ebenso wenig möglich wie solche für „kleine“ Parteien. Zum Teil sind deshalb Teilergebnisse zusammen gefasst worden (linke Parteien, sonstige).

Energiearmut: Linke fordert Senat zum Handeln auf. HAMBURG. In Hamburg wurde im Jahr 2011 insgesamt 7165 Haushalten der Strom abgestellt. 2012 bisher schon 5174. Betroffen davon sind vor allem Einkommensschwache Haushalte, die häufig einen überdurchschnittlichen Energiebedarf haben, weil neue energieeffiziente Geräte für sie nicht zu bezahlen sind. Die Fraktion Die Linke hat deshalb einen Antrag eingebracht, in dem sie u.a. die Entwicklung eines Modells für einen sozialökologischen Spartarifs fordert, der einkommensschwache Haushalte bei ihren Energiekosten entlastet. Zudem soll der Senat darauf hinwirken, dass die Hartz IV- und Sozialhilferegelsätze im Hinblick auf die Energiepreissteigerungen angepasst werden und prüfen, ob Leistungsempfänger/-innen Zuschüsse beim Kauf von energieeffizienten Neugeräten erhalten können. Tim Golke, Fachsprecher für Arbeitsmarkt und Hartz IV der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft, erklärt dazu: „Der Hartz IV-Regelsatz deckt schon lange nicht mehr die Energiekosten, die in den vergangenen zehn Jahren um bis zu 40 % gestiegen sind. Hier ist eine Anpassung dringend erforderlich.“ www.die-linke-hamburg.de

Tausende Bescheide rechtswidrig – Stadt prüft selber von Amts wegen: KÖLN. Auf Anfrage der Fraktion Die Linke teilt die Verwaltung mit, dass sie das Ziel habe, die rechtswidrige Anwendung der Angemessenheitsgrenze von Jobcenter und Sozialamt rückwirkend durch Überprüfung und Nachzahlungen zu korrigieren. Zur Antwort der Verwaltung auf die Fragen und Nachfragen der Linksfraktion zur Verwaltungspraxis in Sachen Kosten der Unterkunft nach BSG-Urteil erklärt Fraktionssprecher Jörg Detjen: „Das ist eine gute Nachricht für die BezieherInnen von Sozialleistungen in Köln. Jetzt muss die Verwaltung ihr Ziel aber auch zügig umsetzen. Die Linke fordert jetzt eine rasche und unbürokratische Erstattung, damit die Menschen, die häufig jeden Euro einzeln rundrehen müssen, nicht noch länger auf das ihnen zustehende Geld warten müssen.“ Die Stadt Köln hat über Jahre die Angemessenheit der Größe von Wohnungen auf falscher Grundlage ermittelt. Hier wurden entgegen der höchstgerichtlichen Rechtsprechung nicht die sog. WNB-Richtlinien zu Grunde gelegt, sondern niedrigere Werte. Auf Anfrage und Nachfrage der Linksfraktion hat die Verwaltung jetzt bestätigt, dass sie das Ziel habe, alle in Frage kommenden Leistungsfälle im SGB II und SGB XII von Amts wegen zu prüfen und gegebenenfalls nachzubewilligen. Die Verwaltung hat damit die Rechtsposition der Linksfraktion bestätigt, dass Überprüfung und Erstattung

auch ohne Antrag der Betroffenen durchgeführt werden müssen. Mit dem BSG-Urteil vom 16. Mai ist kein neuer Rechtsverhalt geschaffen worden. Es bestätigt die seit der Entscheidung vom 07.11.2006 bestehende Rechtsprechung des BSG. www.linksfraktion-koeln.de

Linksfraktion setzt TV-Übertragung der Regionsversammlung durch: HANNOVER. Von nun an können alle interessierten Bürger, die nicht die Möglichkeit haben vor Ort an der Regionsversammlung teilzunehmen, diese im Fernsehen verfolgen. Die Linke hatte die Initiative dazu bereits in der letzten Periode gestartet. Nun endlich hat eine große Mehrheit in der Regionsversammlung dem Ansinnen der Linken nachgegeben. www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles/ausdenkommunen

Sozialausschuss bringt Verhütungsmittelfonds auf den Weg: VOGELSBERGER KREIS. Auf eine Initiative der Vogelsberger Kreistagsfraktion der Linken hin hat sich der Sozialausschuss mit der Schaffung eines Verhütungsmittelfonds zu beschäftigen. Ziel des Antrages der Linken ist es, dass der Kreistag einen Fonds zur Kostenübernahme ärztlich verordneter Verhütungsmittel einrichtet für Einwohnerinnen und Einwohner des Vogelsbergkreises, die über 20 Jahre alt sind und die Transferleistungen erhalten oder ein geringes Einkommen beziehen. Mit einem mehrheitlichen Beschluss hat sich nun der Sozialausschuss für die Schaffung eines solchen Verhütungsmittelfonds ausgesprochen. Zunächst sollen 10 000 Euro aus dem Kreishaushalt bereitgestellt werden. ProFamilia soll mit der Umsetzung betraut werden. Der Kreistag muss dieser Entscheidung des Sozialausschusses jetzt noch zustimmen. www.oberhessische-zeitung.de/lokales/vogelsbergkreis

Kommunale Wohnungsvermittlungsstelle: Praktizierter Mieterschutz. KIEL. Die Ratsfraktion Die Linke beantragt im August in der Ratsversammlung eine kommunale Wohnungsvermittlungsstelle, um in der angespannten Wohnungsmarktlage eine partielle Entlastung für Mieterinnen und Mieter herbeizuführen. „Eine kommunale Wohnungsvermittlungsstelle ist praktizierter Mieterschutz. Der Wohnungsmarkt ist ein Eldorado für Provisionsjäger. Provisionen und Bearbeitungsgebühren sind für Studenten, Niedriglöhner oder Familien aber oft nicht zu schultern. Eine kommunale Wohnungsvermittlung kann hier helfen“, so der Fraktionsvorsitzende Florian Jansen. Bei einer führenden Internetplattform sind knapp 40 %, der in Kiel angebotenen Wohnungen nur gegen Provision zu haben. Die Stadt Duisburg hat bereits eine kommunale

Wohnungsvermittlungsstelle eingerichtet. Dort können Wohnungssuchende sich gegen eine Gebühr bis maximal 26 Euro registrieren lassen. Vermieter können ihre Objekte kostenfrei anbieten. Letztlich kann das für alle eine Win-Win-Situation sein. www.linksfraktion-kiel.de/

Mietsteigerungen belasten Geringverdiener: BERLIN. In vielen Städten werden Wohnungen nach Jahren der Stagnation wieder knapp und teuer. Insbesondere in den Großstädten steigen die Mieten. 2011 betrug der Preisanstieg im Vergleich zum Vorjahr in vielen Städten 5 bis 10 Prozent. 2012 ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. In den fünf teuersten Städten liegen die durchschnittlich verlangten Mieten für freien Wohnraum je Quadratmeter aktuell bei 9 bis 12 Euro. Die steigenden Mieten bringen vor allem Geringverdiener und einkommensschwache Familien in Schwierigkeiten. Haushalte mit niedrigem Einkommen haben zunehmend Probleme, sich mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Deshalb muss das Angebot an bezahlbaren Wohnungen verbessert werden“, erklärt der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude. Die Situation ist auch deshalb schwierig, weil der Bestand an Sozialwohnungen seit 2002 um rund ein Drittel zurückgegangen ist. Aktuell beträgt der Anteil der Sozialwohnungen am Gesamtbestand nur noch etwas mehr als 7 Prozent. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Anspruchsberechtigten. In einigen Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages, so Ude, wären nach ihrem Einkommen bis zu 50 Prozent der Haushalte zum Bezug einer Sozialwohnung berechtigt. Viele der betroffenen Städte versuchen derzeit nach Kräften, einer neuen Wohnungsknappheit entgegenzuwirken, beispielsweise durch Unterstützung kommunaler Wohnungsbau- und Sozialbaugesellschaften, eine nachträgliche dichtere Bebauung, die Nutzung von Baulücken und die Erhöhung des Anteils kommunaler Wohnungen. Dazu stellt Ude fest: „Es bleibt das Ziel der Städte, das Wohnen für einkommensschwache Haushalte erschwinglich zu halten – trotz steigender Mieten und eines sinkenden Sozialwohnungsbestandes. Die Kommunen sind jedoch nur mit Hilfe finanziell angemessener Wohnraumförderprogramme der Länder und hinreichender Ausgleichsmittel des Bundes in der Lage, das Wohnen bezahlbar zu halten.“ Wohnraumförderprogramme der Länder sind umso wichtiger, weil neben dem Wohnungsneubau auch erhebliche Investitionen in den Wohnungsbestand nötig sind.

www.staedtetag.de
(Zusammenstellung: ulj)



Tarifdschungel in der Sozialwirtschaft

Das Institut Arbeit und Technik in Gelsenkirchen hat eine Studie zu den Strukturen in der Sozialwirtschaft herausgegeben. Die Studie heißt „Befund Sociosclerose: Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der Sozialwirtschaft in Deutschland in Modernisierungsverantwortung“ und stellt fest, dass es einen erheblichen Reformbedarf in dieser Branche gibt. So existieren 1 430 Tarifverträge, unterschiedliches Arbeitsrecht, mehrere Arbeitgeberverbände und unterschiedliche Rechtssysteme wie das Kirchenrecht mit seinem sog. „Dritten Weg“ (wir berichteten). Die Autoren Dr. Josef Hilbert und die Sozialwissenschaftlerin Michaela Evans plädieren für bessere und einheitlichere Tarife, bessere Arbeitsbedingungen und politische Gestaltung. Wir

dokumentieren im Folgenden die Kurzzusammenfassung der Studie und kommen in einer der nächsten Ausgaben auf dieses Thema zurück. *Karl-Helmut Lechner*

Zusammenfassung der Ergebnisse

1. Sozialwirtschaft ist Zukunftsbranche: Die Sozialwirtschaft – vor allem die sozialen Dienstleistungen in der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe und in der Altenhilfe – hat für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft eine Schlüsselbedeutung. Ihre Leistungen sind Zukunftsvorsorge, Sicherheit, Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit. Gleichzeitig ist Sozialwirtschaft eine große Schubkraft für mehr Arbeitsplätze und für nachhaltiges Wachstum. Prognosen rechnen in den kommenden zwanzig Jahren mit einem Zuwachs von mehr als 600 000 Arbeitsplätzen – der größte Teil davon in der Altenhilfe.

2. Sozialwirtschaft ist heterogen: Die Anbieterlandschaft bei sozialen Dienstleistungen ist in Deutschland heterogen und vielpolig. Ein besonderes Gewicht haben freigemeinnützige Anbieter, die unter dem Dach von insgesamt sechs Wohlfahrtsverbänden zusammenarbeiten. Hinzu kommen noch öffentliche, zumeist kommunale sowie private Dienstleister. Letztere haben in den letzten Dekaden insbesondere in der Altenhilfe an Bedeutung gewonnen. Bei den freigemeinnützigen wiederum haben die beiden christlich-kirchlich orientierten Anbietergruppen ein hohes Gewicht. Sozialwirtschaft in Deutschland ist mithin durch einen Wohlfahrtsmix und einen Trägerpluralismus gekennzeichnet. Auch die Finanzierungsgrundlagen für die gebotenen Leistungen sind heterogen, allerdings dominieren öffentliche und halb-öffentliche (Sozialversicherungen) Quellen, deren Knappheit für wirtschaftliche Sorgen bei vielen Einrichtungen und Unternehmen verantwortlich ist.

3. Achillesferse Arbeit: Um die Löhne und Arbeitsbedingungen in der Sozial-

wirtschaft ist in Deutschland schlecht bestellt. Große Teile der Branche liegen unterhalb des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts. Insbesondere in den stark wachsenden Teilen der Sozialwirtschaft – vor allem in der Altenhilfe – schlägt sich dies in wachsenden Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Arbeitskräften nieder. Mittel- und langfristig ist mit einer drastischen Verschärfung der Probleme zu rechnen, da auch andere Wirtschaftsbranchen, in denen z. T. unter deutlich besseren Arbeitsbedingungen gearbeitet wird, um die aus demografischen Gründen knapper werdenden Arbeitskräfte konkurrieren. Eine weitsichtige und nachhaltige Arbeits- und Tarifpolitik ist hier gefordert, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, um die Branche zukunftsfähig zu machen. Andernfalls droht die Zukunftsfähigkeit der Sozialwirtschaft an der Arbeit zu scheitern. Ob in der Sozialwirtschaft attraktive Arbeitsbedingungen entstehen können, das hängt zum einen davon ab, wie viele öffentliche und halb-öffentliche Mittel für diese Branche zur Verfügung stehen. Zum anderen ist aber auch relevant, ob sich die Arbeitgeber untereinander und mit den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer auf entsprechende Perspektiven verständigen können.

4. Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen zersplittert: Die Vielfalt der Anbieterlandschaft in der Sozialwirtschaft spiegelt sich auch in den Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen bzw. im System der Verhandlungen und Entscheidungen über Einkommens- und Arbeitsbedingungen wider. In „normalen“ deutschen Wirtschaftsbranchen verhandelt eine Gewerkschaft mit einem Arbeitgeberverband

über Bedingungen, die mehr oder weniger branchenweit gelten. In der Sozialwirtschaft wird demgegenüber in acht unterschiedlichen Arenen verhandelt bzw. entschieden (vgl. Wohlfahrtsverbände). Zusätzlich kennt die Welt der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der Sozialwirtschaft auch noch zwei Rechtssysteme: Für die kirchlichen Träger gilt nämlich ein eigenes, im Kirchenrecht verankertes Arbeits- und Mitarbeitervertretungsrecht. Diese außergewöhnliche Vielfalt und Zersplittertheit findet ihren Niederschlag in einer unübersichtlichen, ja intransparenten Heterogenität von rund 1 500 Tarifabschlüssen und arbeitsrechtlichen Vereinbarungen, von denen – mit wachsender Tendenz – fast zwei Drittel auf der betrieblichen Ebene, also dezentral, gefunden werden. Diakonie (elf Arbeitsrechtliche Kommissionen) und Caritas (sechs Regionalkommissionen) gehen von einer hohen Flächendeckung ihrer Tarifaktivitäten aus. Die Tarifbindung in der Sozialwirtschaft ist etwas höher als im Durchschnitt der Deutschen Wirtschaft, aber auch deutlich niedriger als in anderen lang etablierten Branchen wie etwa dem Baugewerbe oder auch bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Außerdem ist anzumerken, dass die ergänzenden Experteninterviews zum vorliegenden Projekt auf große Unterschiede zwischen den verschiedenen Teilwelten der Sozialwirtschaft hinwiesen. So geben etwa die Caritas und die Diakonie Tarifbindungen von über 90% an (siehe auch die Stellungnahmen zur Bundestagsanhörung 2012), während bei den privaten Anbietern vermutlich mehr als 80% der Beschäftigten ohne einen Bezug auf einen Tarifvertrag arbeiten. Daten über die Mitgliedschaftsrate von Einrichtungen und Unternehmen in den Arbeitgeberorganisationen der Sozialwirtschaft liegen nicht vor. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Mitgliedschaftsrate in etwa der Quote bei Tarifbindung bei den Betrieben entspricht. Das heißt, dass etwa rund ein Drittel der Betriebe einem Arbeitgeberverband angehören. Dabei ist davon auszugehen, dass es insbesondere kleinere private Betriebe sind, die keinem Arbeitgeberverband angehören. Bei den freigemeinnützigen Anbietern dagegen ist die Mitgliedschaftsrate nahezu bei 100%. Genaue Angaben, wie viel Prozent der Beschäftigten in der Sozialwirtschaft Mitglied der zuständigen Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft Verdi sind, stehen ebenfalls nicht zur Verfügung. Die Schätzungen in den Expertengesprächen reichten von 3 bis 10%. Damit ist der Organisationsgrad auf Arbeitnehmerseite deutlich unter dem Durchschnitt der deutschen Gesamtwirtschaft von 14% (European Social Survey, entnommen aus). Die

Dokumentiert: Jeder vierte neue Erwerbslose rutscht sofort in Hartz IV – DGB schlägt Mindestarbeitslosengeld vor

Wer heute arbeitslos wird, erhält immer seltener Leistungen aus der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung. Ein Viertel der Betroffenen landet inzwischen direkt in Hartz IV. Der DGB will deshalb die Arbeitslosenversicherung ausweiten, damit weniger Menschen auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind. Besonders prekär und kurzzeitig Beschäftigte sollen besser abgesichert werden. Nur noch 30 Prozent der Arbeitslosen werden von der Arbeitslosenversicherung (SGB III) betreut. Die anderen 70 Prozent, und damit die große Mehrheit, sind dem Hartz IV-System (SGB II) zugeordnet ... 825 000 Arbeitslosen (ohne Arbeitslose in Weiterbildung), die Arbeitslosengeld als Versicherungsleistung erhalten, stehen 2,1 Millionen arbeitslose Hartz IV-Bezieher gegenüber ... Der DGB will den Schutzbereich der Arbeitslosenversicherung vergrößern, damit weniger Menschen auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind. Besonders prekär und kurzzeitig Beschäftigte sollen wieder besser abgesichert werden. Und sie müssen wirksamer bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden ...

Der DGB schlägt zwei sofort umsetzbare Maßnahmen vor:

1. Die zweijährige Rahmenfrist, innerhalb derer ein Versicherungsanspruch aufgebaut werden kann, muss wieder auf drei Jahre verlängert werden ...
2. Für kurzzeitig Beschäftigte müssen neue Anwartschaftsregelungen eingeführt werden. Dadurch erhielten Arbeitslose bereits nach einem halben Jahr Beitragszahlung Anspruch auf Arbeitslosengeld, wobei sich die Dauer nach der vorangegangenen Beitragszahlung richtet ...

<http://www.dgb.de/>

Untersuchung hat gezeigt, dass in der Sozialwirtschaft Tarifabschlüsse ganz oft als Notlagenabschlüsse realisiert werden, um mit verschlechterten Einkommens- und Arbeitsbedingungen auf wirtschaftliche Probleme des jeweiligen Unternehmens bzw. der jeweiligen Einrichtung reagieren zu können.

5. Befund Sociosclerose – System der arbeitspolitischen Interessenorganisation dämpft Zukunftsfähigkeit: Die außergewöhnlich vielfältige Struktur des Systems der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der deutschen Sozialwirtschaft ist eine Gefährdung der Zukunftsfähigkeit dieser Branche. Normalerweise sind einheitliche und branchenweite Repräsentations- und Verhandlungsstrukturen ein wichtiger Impuls dafür, dass Anbieter vorwiegend über Preise oder Qualität ihrer Produkte und Dienstleistungen konkurrieren, die Konkurrenz auf Seiten der Arbeitsbeschaffung kann eingedämmt werden. Die Vielfalt und Dezentralität der Repräsentations- und Verhandlungsstrukturen in der Sozialwirtschaft ermuntert jedoch in der Branche, genau in die andere Richtungen zu denken und zu handeln. Unternehmen und Einrichtungen, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, können versuchen, diese durch Abschlüsse unterhalb des bislang Branchenüblichen zu überwinden. In einer Branche, in der viele Anbieter – nicht zuletzt aufgrund der knappen öffentlichen und halböffentlichen Mittel – mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, entsteht so bei den Einkommens- und Arbeitsbedingungen die Gefahr eines Sogs nach unten. Dies erschwert es außerordentlich, mittel- und langfristig für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine attraktive Branche zu werden – was angesichts der gewandelten Bedingun-

gen am Arbeitsmarkt für die Sozialwirtschaft unerlässlich ist. Außerdem erschwert die Vielfalt des Repräsentations- und Verhandlungssystems, dass die Interessen der Gesamtbranche gegenüber der Öffentlichkeit, der Politik und gegenüber anderen Branchen offensiv und einheitlich vertreten werden können. Die beschriebenen Institutionen der sozial- und arbeitspolitischen Interessenvertretung, Verhandlungen und Entscheidungen hindern die Sozialwirtschaft mithin daran, ihre Probleme in der Welt der Arbeit zu kurieren und dämpfen damit die Zukunftsfähigkeit der Branche – Befund: Sociosclerose.

6. Neuaufstellung sinnvoll: Der „Befund: Sociosclerose“ wurde in Anlehnung an die Debatten in Europa in den 1970-er und 1980-er Jahren über „Eurosclerose“ gewählt. Die europäische Wirtschaft stagnierte, weil sie sich in ihrer Zukunftsfähigkeit in einem Gestrüpp von miteinander nicht kompatiblen Regulierungen verfangen hatte. Die „Eurosclerose“ wurde 1986 mit der Einheitlichen Europäischen Akte überwunden. Dabei handelte es sich um einen bewussten, von weit-sichtigen Politikern geplanten Schritt zur Verbeiterung und Vertiefung der Europäischen Integration. Werden die Verantwortlichen in der deutschen Sozialwirtschaft zu vergleichbar mutigen Schritten in der Lage sein? Der Weg dahin kann nur durch den Auf- und Ausbau eines organisierten sozialen Dialogs, einer von den organisierten Sozialparteien gemeinsam getragenen und das Zusammenspiel mit der Politik suchenden „dialogisch-repräsentativen Modernisierung“ gegebnet werden. Impulse aus einem europäischen sozialen Dialog können dabei Orientierung und Ermutigung sein.

Arbeitgeber-Spitzenverbände plädieren für Freiwilligkeit bei Umsetzung internationaler Sozialnormen. Stellungnahme der Arbeitgeberverbände BDA, BDI, ZDI und DIHT 12/2011 zur CSR-Mitteilung „Eine neue EU-Strategie (2011-2014) für die soziale Verantwortung der Unternehmen (Corporate Social Responsibility CSR).“ Die EU-Kommission fordert alle großen europäischen Unternehmen auf, sich bis 2014 zu verpflichten, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, den Global Compact oder die ISO 26000 umzusetzen. Sie kündigt an zu überprüfen, ob Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen, international anerkannte CSR-Grundsätze und -Leitlinien zu beachten, nachgekommen sind. Die Arbeitgeberverbände erläutern in ihrer o.g. Stellungnahme: „Typische Herausforderungen, mit denen Unternehmen im internationalen Kontext konfrontiert werden, sind die Verbesserung von Umwelt- und Sozialstandards in ihrer Zulieferkette sowie die Geschäftstätigkeit in sog. Weak Governance Zones. Niedrigere Umwelt- und Sozialstandards, Menschenrechtsverletzungen, Korruption sowie ineffektive staatliche Verwaltungen stellen dabei für Unternehmen in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern große Herausforderungen dar.“ An die EU-Kommission gerichtet heißt es allerdings: „Es widerspräche der Idee hinter den von der EU-Kommission genannten Initiativen und Texten, Unternehmen aufzufordern, sich dazu zu verpflichten, diese Standards umzusetzen. Darüber hinaus handelt es sich um sehr verschiedene Instrumente. Sie in einen Topf zu werfen, ist nicht zielführend. ...

D. Hundt, BDA-Präsident erläutert im Vorwort: „Deutsche Unternehmen sind weltweit führend mit ihrem Engagement für Umwelt, Gesellschaft und die Arbeitswelt in den Unternehmen selbst. ... Sie sind sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ... Und sie machen das freiwillig. Das Engagement der Unternehmen wird inzwischen unter dem modernen Begriff „Corporate Social Responsibility“ (CSR) zusammengefasst. Ganz neu sind die Aktivitäten allerdings nicht: Jacob Fugger hat zum Beispiel schon im 16. Jahrhundert eine Armensiedlung gebaut, und Friedrich Alfred Krupp hat sich schon vor über einem Jahrhundert um eine besondere Gesundheitsvorsorge in seinem Unternehmen gekümmert, sogar ein Krankenhaus für seine Mitarbeiter eingerichtet. Wenn heute über CSR debattiert wird, dann sollten wir nicht vergessen, dass das gesellschaftliche Engagement ein selbstverständlicher Teil der historisch gewachsenen deutschen Unternehmenskultur ist.“

Zusammenstellung: rst

Gutachten bewertet Steag-Kauf durch Stadtwerke kritisch

Im Dezember 2010 gründeten die Stadtwerke mehrerer Ruhrgebietsstädte ein Konsortialunternehmen, kauften 51 Prozent der Steinkohle-Energie-Aktiengesellschaft (Steag) von der Evonik und sicherten sich den bzw. verpflichteten sich zum Kauf der restlichen 49 Prozent (s. Politische Berichte 10, 11, 12/2010 und 2/2011).

Anfang dieses Jahres haben die Ratsfraktionen der Linkspartei aus den Steag-Konsortialstädten Bochum, Dortmund, Dinslaken, Duisburg, Essen und Oberhausen, die ehemalige Fraktion Die Linke im Landtag NRW, die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und das Kommunalpolitische Forum NRW, die Professoren Dr. Marquardt und Dr. Bontrup von der Westfälischen Hochschule mit einer Studie* beauftragt.

Das Gutachten „Perspektiven der Steag GmbH als kommunales Energieunternehmen im Kontext der Energiewende“ liegt seit August vor. Es bewertet den Steag-Kauf kritisch und macht deutlich, dass rückblickend die Grundlagen der Kaufentscheidung problematischer waren, als es von den Stadtwerken dargestellt, und von den Befürwortern angenommen worden ist.

So verringerte sich der Jahresüberschuss von 203,5 Mio. € in 2010 auf 4,9 Mio. € in 2011. Dieser Einbruch lag allerdings nicht an mangelnder Rentabilität, sondern an einer einmaligen Wertberichtigung für das Kraftwerk Walsum 10 in Höhe von 240,6 Mio. €. Dort verzögert sich der Kraftwerksneubau wegen des Einbaus eines fehlerhaften Stahls, die Steag soll dafür aber eine Kompensationszahlung von der Evonik erhalten. Damit übersteigt die Rentabilität des Steag-Konzerns weiterhin deutlich den Zins- und Tilgungssatz der aufgenommenen Kredite der beteiligten Kommunen. Ob das mittel- und langfristig so bleibt, ist allerdings fraglicher, als es die Marktanalysen der Stadtwerke vor zwei Jahren prognostiziert haben. Immerhin bescheinigen die Gutachter den Stadtwerken selber eine stabile ökonomische Basis, weisen aber auf Risiken hin: die Nichtverlängerung der Abnahmeverträge durch das RWE, steigende Rohstoffpreise, sowie die Notwendigkeit ab 2013 alle CO₂-Verschmutzungsrechte, die bisher weitgehend kostenlos waren, käuflich zu erwerben, bei wahrscheinlich steigenden Zertifikatspreisen. Nicht nur das Gutachten macht deutlich, dass die von der Bundesregierung verschleppten Probleme der Energiewende und die Widersprüche des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hinzukommen. So ist derzeit der ursprünglich geplante Neubau von Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerken (GuD) wegen mangelnder Förderung und der Vorrang einspeisung der Erneuerbaren Energien wirtschaftlich nicht planbar. Aktuell haben die Stadtwerke Duisburg den lange geplanten Neubau

eines GuD-Werkes verschoben. Dabei werden diese für die Sicherung der Grundlast benötigt, solange die technologischen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Probleme bei den Erneuerbaren noch nicht gelöst sind, wie z.B. der Leitungsausbau Nord/Süd, die Speicherprobleme bei Wind- und Sonnenenergie, die Probleme der sog. Bio-Kraftstoffe, die Übersubventionierung von Solarstrom etc.

System Steag

Die Gutachter beschreiben den Steag-Konzern mit seinen Tochtergesellschaften als systemische Einheit, die durch die vertikale Integration ihrer Geschäftsfelder Kraftwerksbau, Kraftwerksbetrieb, Vermarktung, Dienstleistungen und Brennstoffhandel breit aufgestellt ist, und über besondere ingenieurtechnische Stärken verfügt, die sie weltweit zum einem technologischen Spitzenreiter macht. So wird Walsum 10 mit einem Wirkungsgrad von 45 Prozent international zu den Kraftwerken mit der höchsten Effizienz gehören. Die Steag-Tochter Nuclear Technologies gilt als Spezialistin in der Demontage kerntechnischer Anlagen mit Alleinstellungsmerkmal. Im Steag-Jahresabschlussbericht 2010 heisst es: „Dieser ganzheitliche Ansatz über die gesamte Wertschöpfungskette der Energieerzeugung hinweg ist eine große Stärke der Steag ... Der wichtigste Erfolgsfaktor des [...] Geschäftsmodells ist der Einsatz des Know-hows und Teamarbeit über die ganze Wertschöpfungskette der Stromerzeugung (inklusive Kohlebeschaffung) hinweg. [...] Das integrierte Geschäftsmodell des Konzerns ist so aufgestellt, dass Synergien maximal genutzt werden können.“ Die Gutachter folgern: „Ein Herauslösen einzelner Geschäftsbereiche würde demnach die ganze Unternehmensphilosophie untergraben und den Unternehmenserfolg gefährden.“

Vor diesem Hintergrund kritisieren die Gutachter einige der begleitenden Forderungen der Stadträte, die im Zu-



sammenhang mit der Kaufentscheidung auf Antrag von SPD/Grüne/Linke in den meisten Kommunen beschlossen worden sind: Die Abtrennung der internationalen Geschäftsfelder, die Aufgabe des Geschäftsbereichs Nuclear Technologies, der ökologische Umbau durch langfristige Umstellung von Kohle auf Erneuerbare-Energien. In der Langfassung des Gutachtens schreiben die Gutachter nicht ohne Polemik: „Im Einzelnen waren sich die kommunalen Träger der Konsortialstadtwerke einig in der Forderung nach einem ökologischen Umbau der Steag nach der Devise: „Weg von der Kohleverstromung, hin zu den EE, notfalls geht es auch mit GuD-Kraftwerken.“ Die Kohleverstromung selbst wurde nur als „Brückentechnologie“ in das neue Zeitalter geduldet. In Anbetracht der nachgezeichneten Entwicklung der Steag (vgl. Kap. 2.3) erscheint die Forderung nach einer Aufgabe der Kohleverstromung zumindest als tollkühn, indem die komplette Entstehungs- und Erfolgsgeschichte der Steag ignoriert wird. Die Steag ist als Steinkohlen-Elektrizitäts-AG um die Kohleverstromung herum organisch im Laufe von Jahrzehnten gewachsen. Auch wenn das Unternehmen mittlerweile weitere Standbeine aufgebaut hat, so schlägt sein Herz doch weiter im Kohlebereich. Ähnlich, wie niemand auf die Idee käme, beispielsweise die Porsche AG aufzukaufen und zu erwarten, dass das Unternehmen danach aus ökologischen Gründen die Produktion von Sportwagen aufgibt und dann auch noch wirtschaftlich erfolgreich bleibt, um eine ausreichende Rendite abzuwerfen, sollte man eigentlich von einem Käufer der Steag erwarten, dass er entweder im Vorfeld vom Kauf des „Kohle-Dinos“ Abstand nimmt oder den Kohleschwerpunkt akzeptiert.“ Außerdem würden sich die Renditeerwartungen der Kommunen nicht mit den Umbauplänen vereinbaren lassen.

Als richtig kennzeichnet das Gutachten hingegen die Einschätzung der Stadträte zum Fernwärmegeschäft der

* Das Gutachten in seiner vollen Länge unter: <http://www.nrw.rosalux.de/news/38654/perspektiven-der-steag-gmbh-als-kommunales-energieunternehmen-im-kontext-der-energiewende.html>

Steag. Dieses gilt es im Ruhrgebiet mit den kommunalen Netzen zu verbinden und deutlich auszubauen. Die Steag ist in diesem Bereich Marktführer. Und auch die Einrichtung eines Beirates wird im Gutachten ausdrücklich begrüßt.

Öffentlicher Beirat

Das Gutachten verdeutlicht, dass es grundlegende Fragen und Widersprüche gibt, über die weiter diskutiert werden muss. Aus dem „Handelsblatt“ wird zitiert: „Kolumbianische Kraftwerke in der Hand Essener und Dortmunder Steuerzahler – so mancher Bürger fragt nach dem Warum.“ Wie sollen die Bürgerinnen und Bürger umgehen mit dem „Bruch mit dem Örtlichkeitsprinzip, wonach sich die Aktivitäten gemeinwohlorientierter Stadtwerke auf die eigene Region beschränken sollen“? Wie können die verschiedenen Zielkonflikte miteinander in Einklang gebracht werden? So attestieren die Gutachter eine „Shareholder-Value-Mentalität“ der Kämmerer, die möglichst viel Geld zur Sanierung der klammen Haushalte aus den Stadtwerken ziehen, so dass notwendige Investitionen unterbleiben würden. Wie definiert sich vor diesem Hintergrund der öffentliche Zweck, dem die Kommunen und die Stadtwerke verpflichtet sind? Für die Diskussion dieser und weiterer Fragen braucht es einen Raum für öffentliche Kritik. Die Bochumer Ratsfraktion Die Linke schreibt in ihrer Stellungnahme zum Gutachten: „Für die linken Fraktionen macht das Gutachten noch einmal klar, dass es auf betriebswirtschaftlicher Ebene keine einfachen Lösungen für den sozial-ökologischen Umbau unabhängig von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gibt. Umso wichtiger ist den linken Fraktionen, dass die daraus resultierenden Probleme und Handlungsoptionen transparent gemacht und öffentlich diskutiert werden. Deshalb ist es an der Zeit, dass der von allen Stadträten getragene Beschluss für einen kommunalen Steag-Beirat endlich umgesetzt wird. Die Linke wird dazu einen konkreten Vorschlag einbringen, der die aktive Beteiligung von Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbänden, sowie der IHK und Handwerkskammer vorsieht.“ Den entsprechenden Antrag hat die Fraktion jetzt zur nächsten Ratssitzung am 13. September gestellt.

In der Stellungnahme heißt es weiter: „Allerdings ist auch deutlich geworden, dass sich die von SPD, Grüne und Die Linke im Stadtrat eingebrachten und mit breiter Mehrheit beschlossenen Kriterien für die zukünftige Entwicklung nicht unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der Steag umsetzen lassen. So ist der Verkauf des atomaren Zwischenlagers in Ahaus inzwischen von der Steag vollzogen. Darüber hin-

„Das Konsortium kritisiert das Gutachten. Hermann Janning, Vorstandsvorsitzender des Konsortialführers Stadtwerke Duisburg und Aufsichtsratsvorsitzender der Steag, hält die zentrale Kritik, dass die Dividendenforderung der Stadtwerke sich mit den Umbauforderungen der Stadträte nicht vereinbaren ließen, für nicht nachvollziehbar. Das Konsortium habe immer klar gemacht, dass sich die Übernahme der Mehrheit bei der Steag rechnen müsse. „Den Erwerb des Mehrheitsanteils sehen wir daher als eine strategische Investition.“ Ein anderer Gesellschafter, so Janning weiter, hätte die Steag filetiert und „weniger profitable Bereiche zur Disposition gestellt.“ Für falsch hält Janning auch, dass im Gutachten bei der Bewertung der Steinkohlekraftwerke ein Schwerpunkt auf das Alter der Kraftwerke gelegt wurde. Angesichts der Unsicherheiten in der Energiepolitik sei es problematisch, wenn die Steag über hochmoderne Kraftwerke mit langen Laufzeiten verfügen würde. Mit der bestehenden Erzeugungsstruktur könnte die Steag „flexibel auf die aktuelle Marktsituation“ reagieren.“

Vdi-nachrichten 31.08.12

aus wurde beschlossen, weitere Unternehmensanteile, die der Atomindustrie zuzurechnen sind, zu verkaufen. Nach der vorliegenden Untersuchung muss diese Forderung überdacht werden. Die Steag hat herausragende Fähigkeiten, im Rahmen des Atomausstieges Kraftwerke sach- und fachgerecht stillzulegen und abzubauen. Damit kann der Steag eine Schlüsselrolle im Atomausstieg zu kommen. Dieser notwendigen Diskussion werden sich die linken Fraktionen stellen.“

Verstaatlichung statt Kommunalisierung?

Das Gutachten hat Schwächen, die die Professoren Dr. Bontrup und Dr. Marquardt bei der Vorstellungsveranstaltung selber benannt haben. So haben sie nicht alle Betriebszahlen zur Verfügung gehabt, die für eine genaue betriebswirtschaftliche Analyse erforderlich gewesen wären. Deshalb besteht das Gutachten zum Teil aus Prognosen, die auch anders ausgehen können. Dass sich die Betriebsräte nicht an einer schriftlichen Umfrage der Gutachter beteiligt haben, die diese über den Kopf der Geschäftsleitungen hinweg durchführen wollten, verwundert im Einflussbereich der traditionell kooperatistischen IGB-CE nicht. Zudem gelten in dem gut beschriebenen „System Steag“ eben auch die Gesetze für gesellschaftliche Subsysteme.

Die im Gutachten erhobene Forderung nach einer umfassenden Vergesellschaftung wirkt eher wie eine Flucht nach vorne: „(...) Was ist aber unter einer Vergesellschaftung zu subsumieren? Vergesellschaftung ist mehr als eine Verstaatlichung (vgl. Abb. 28). Um eine echte Alternative zum gegenwärtigen System zu bieten, reicht es nicht aus, die Elektrizitätswirtschaft nur in das Eigentum staatlicher Träger zu überführen, sofern dies nicht ohnehin schon der Fall ist, und genauso ist es zu wenig, die Steag in die „öffentlichen Hände“ kommunaler Stadtwerke zulegen. Auch verstaatlichte Unternehmen müssen einer internen Demokratisierung unterzogen werden. Dazu gehört neben einer

rechtlichen Gleichstellung von Arbeit und Kapital (hier dem Staatskapital) auch eine demokratisch-partizipative Unternehmenskultur (...) „Weiter muss geklärt werden, ob es nur ein zentrales vergesellschaftetes Unternehmen oder mehrere dezentral aufgestellte Unternehmen geben soll. Auch wäre eine Trennung in Kraftwerks- und Netunternehmen zu überlegen.“ Die Gutachter haben Präferenzen vom kommunalen und privaten hin zum bundesstaatlichen Eigentum unter einheitlicher Regie. Überzeugende Argumente für die Einführung der Planwirtschaft in diesem Bereich liefern sie nicht. Trotz aller Probleme und Widersprüche: Dann doch lieber Stadtwerke aus deren Einnahmen der öffentliche Personennahverkehr mitfinanziert wird, als ein staatlicher Trust, dessen Einnahmen über den Bundeshaushalt auch der Bundeswehr zukommt, um am Hindukusch oder sonst wo seine Geschäftsinteressen militärisch abzusichern.

Als vor zwei Jahren die Kaufentscheidung diskutiert, abgewogen und entschieden wurde, standen die linken Fraktionen vor der „Bürde des Urteilens“, wie es der amerikanische Philosoph John Rawls bezeichnet hat. Er hat die Ursachen untersucht, „aus denen vernünftige Meinungsverschiedenheiten zwischen vernünftigen Personen hervorgehen“ und kommt zu dem Schluss: „Viele unserer wichtigsten politischen Urteile, bei denen die politischen Grundwerte ins Spiel kommen, unterliegen Bedingungen, die es höchst unwahrscheinlich machen, dass gewissenhafte und vernünftige Personen – selbst nach ungezwungener und offener Diskussion – ihr Vernunftvermögen so zum Einsatz bringen können, dass alle zum selben Ergebnis gelangen.“¹

Die Ratsfraktionen der Linkspartei sind damals zu einem Ergebnis gelangt. Uwe Vorberg, Vorsitzender der Linksfraktion Bochum zieht ein Fazit: „Die linken Fraktionen stehen im Grundsatz zu der getroffenen Entscheidung

(1) John Rawls, Gerechtigkeit als Fairneß, Ein Neuentwurf, Frankfurt 2003

für den Steag-Kauf. Ob wir unter den derzeitigen Rahmenbedingungen und vor dem Hintergrund des Gutachtens, den Steag-Kauf auch heute noch unterstützen würden, kann ich aber nicht einfach mit ja oder nein beantworten. Dem Ziel, die Stadtwerke unabhängiger von den vier Oligopolisten zu machen, sind wir zwar näher gekommen, wir müssen uns allerdings der Frage stellen, wie diese Position auch wirtschaftlich verantwortbar gehalten und ausgebaut werden kann. Durch die kritische Bewertung des Gutachtens wird aber die Alternative einer Übernahme der Steag durch Remondis oder einen anderen Privatkonzern nicht besser, sie wäre mit unabsehbaren Folgen wie Standortstilllegungen und einem massivem

Arbeitsplatzabbau nach dem Vorbild von RWE und Eon verbunden gewesen. Erst recht wäre ein Mehr an Ökologie mit den Privaten sicherlich nicht zu erwarten gewesen und auch kein Ausstieg aus dem Atomgeschäft (gemeint ist die Beteiligung an Ahaus, Red.). Davon abgesehen, müssen wir jetzt mit der Situation umgehen. Unabhängig von unserer Forderung nach einem Beirat erwarte ich, dass die Stadtwerke auch mit konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Steag durch den Ausbau regionaler Kooperationsperspektiven beim Ausbau der erneuerbaren Energien, der Fernwärme und netzbezogener Energiedienstleistungen auf das Gutachten reagieren werden.“ *Thorsten Jannoff*

– resigniert sind. Dann erkennen sie auch nicht – und das ist unser Problem – was wir ihnen nützen können. Das haben wir vor und im Wahlkampf nicht richtig darstellen können.

Politische Berichte: *Unsere Kernthesen wie Hartz IV, Schuldenbremse Friedenspolitik und Raus-aus-Afghanistan, Antifaschismus, prekäre Beschäftigung, Europa: Sie sind ja weder gelöst noch sind wir unklar in unseren Positionen: Was machen wir falsch?*

Klaus-Dieter Brüggmann: Also, auch klare Positionen müssen so formuliert werden, dass die Menschen sie verstehen. Ich glaube, ganz wichtig ist, dass wir immer noch zu wenig Teil der sozialen und demokratischen Bewegung in diesem Land sind. Daher werden wir

Ich glaube, ganz wichtig ist, dass wir immer noch zu wenig Teil der sozialen und demokratischen Bewegung in diesem Land sind.

nicht erkannt als diejenigen, die mit und nicht nur für die Menschen Politik machen wollen.

Politische Berichte: *Wie geht künftig die Linke mit einer scheinbar „gewandelten“ und „selbstkritischen“ SPD um?*

Klaus-Dieter Brüggmann: Tja. Wir werden sie an ihren Taten messen. Dabei sollten wir auch offensiv auf sie zugehen. Dort, wo es anscheinend Gemeinsamkeiten gibt, das überprüfen, und Angebote zur Zusammenarbeit machen. Dass sich das natürlich im Bund viel komplizierter darstellt, als etwa in den Kommunen, wo man das Leben vor Ort organisiert, liegt auf der Hand.

Politische Berichte: *Der Landesverband hat ja eine Debatte gestartet, wo verschiedene Leute jetzt Stellung beziehen zur neuen Landesregierung. Das Projekt „Linksdebatte“.*

Klaus-Dieter Brüggmann: Also, darauf

Wir müssen mehr in die sozialen und demokratischen Bewegungen gehen ...

Klaus-Dieter Brüggmann, Sprecher des Landesvorstandes der Linken in Schleswig-Holstein im Interview mit den Politischen Berichten

Auf dem Landesparteitag am 10. Juni 2012 in Neumünster wurde Klaus-Dieter Brüggmann zum Sprecher des Landesvorstandes der Linken in Schleswig-Holstein gewählt. Er ist 61 Jahre alt, von Beruf Datenbankentwickler und seit 2010 im Landesvorstand. Zugleich ist Klaus-Dieter Brüggmann Sprecher des Kreisverbandes Pinneberg. Das neue Amt will er nur bis zum 30. September ausüben. Dann wird regulär der Landesvorstand komplett neu gewählt. Klaus-Dieter Brüggmann hat die schwierige Aufgabe, bis dahin die organisatorische und politische Aufarbeitung der im Mai verlorenen Landtagswahl zu organisieren. Mit ihm führten die Politischen Berichte am 14. August 2012 im Elmshorner Büro der Linken ein Interview.

Politische Berichte: *Seit Juni dieses Jahres bist Du Sprecher der Linken in Schleswig-Holstein. Nach unserem Scheitern bei der Landtagswahl im Mai 2012 wurdest Du in das Amt gewählt. Bist Du bereits zuversichtlich, dass es dem Landesverband gelingen wird, organisatorisch und politisch wieder Tritt zu fassen?*

Klaus-Dieter Brüggmann: Ja. Davon bin ich überzeugt. Unsere Partei ist gerade mal fünf Jahre alt. Und wir haben alle sehr unterschiedliche politische Biographien. Die haben wir zusammengeführt. Natürlich entstehen daraus Konflikte; die müssen bewältigt werden. Wenn wir respektvoll miteinander umgehen, auch in unseren Unterschieden, dann werden wir mit Sicherheit auch wieder Tritt fassen und vorankommen. Das wird ganz sicher gelingen.

Politische Berichte: *Untersuchungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigen, dass es uns in den letzten Wahlen nicht gelungen ist, das eigene Wählerpoten-*

tial zu mobilisieren. Wie stellt sich das in Schleswig-Holstein dar?

Klaus-Dieter Brüggmann: In Schleswig-Holstein haben wir 2009 im Sog der Bundestagswahlen 96 000 Stimmen bekommen. Wir haben bei dieser Landtagswahl 2012 gerade mal 30 000 bekommen. Was interessant ist, im Gegensatz zu NRW beispielsweise, wir haben nicht vor allem an die Piraten abgegeben, sondern 39 000 Stimmen an die Nichtwähler verloren. Die Menschen sind enttäuscht von der Politik. Das ist schmerzhaft für uns, aber zugleich auch eine Chance. Davon bin ich fest überzeugt.

Politische Berichte: *Diese Enttäuschung der Wähler, ist sie allgemein, oder bezieht sich das speziell auf die Linke, so dass die Leute sagen: Nee, es ist so schlimm, da gehen wir nicht mehr wählen.*

Klaus-Dieter Brüggmann: Also, ich denke schon, dass gerade die Menschen, die wir ansprechen wollen – das sind die Ausgegrenzten und Abgehängten



Klaus-Dieter Brüggmann, Sprecher des Landesvorstandes der Linken in Schleswig-Holstein, im Interview mit den Politischen Berichten

bin ich ein bisschen stolz, auf diese „Linksdebatte“. Wir haben die Genossinnen und Genossen der ehemaligen Landtagsfraktion und ihre MitarbeiterInnen gebeten, sich mit dem Koalitionsvertrag von Rot/Grün auseinanderzusetzen. Und zwar ganz klar ohne eine Vorgabe. Und wir hatten eigentlich auch gewünscht: Bitte keine Absprachen untereinander. Macht es, dass wir da auch Unsicherheiten und Kontroversen drin haben. Ich freue mich darüber, dass unsere Ex-Landtags-Abgeordneten und auch deren MitarbeiterInnen, diese Beiträge geliefert haben. Ich glaube, das ist ein Weg, sich mit der aktuellen Politik auseinander zu setzen. Es ist ein Weg, in eine Debatte innerhalb unserer Partei zu kommen, neu und noch weiter darüber nachzudenken, was wir vertreten. Und uns überhaupt Klarheit über unsere Positionen zu verschaffen. Denn nicht alle unsere Positionen sind wirklich klar.

Wenn ich auf die Bundesebene und auf übergreifende Themen gucke: Es gibt sehr wohl Irritationen, was beispielsweise unsere Position zu Europa angeht. Auch innerhalb der Partei – ich sage das sehr vorsichtig. Aber wir müssen deutlich machen, dass wir eine internationalistische Position einnehmen und keine nationalistische.

Politische Berichte: Siehst Du im Landesverband „hausgemachte“ Gründe für die Wahlniederlage?

Klaus-Dieter Brüggemann: Ja. Zum ei-

Also, darauf bin ich ein bisschen stolz, auf diese „Linksdebatte“ zum Koalitionsvertrag. Ich glaube, das ist ein Weg, sich mit der aktuellen Politik auseinander zu setzen.

nen haben wir uns Illusionen darüber gemacht, wie stark wir in der Bevölkerung verankert wären. Wir haben vielfach gedacht, wir sind angekommen. Uns kann gar nichts mehr passieren. Dann haben wir zum anderen viel zu spät den Start in den Wahlkampf gemacht. Und dann auch noch chaotisch organisiert. Daran hat natürlich der Landesvorstand ein gerüttelt Maß an Schuld. Also auch ich. Ich glaube, wir können jetzt vieles anders machen, wenn wir in die nächsten Wahlen gehen.

Sodann müssen wir fein unterscheiden: Haben wir politisch falsch gehandelt oder organisatorisch vieles falsch gemacht? Ich denke wir haben ein aus meiner Sicht ganz tolles landespolitisches Programm mit dem Wahlkampfprogramm auf dem Elmshorner Parteitag geschaffen. Darin war ganz klar eigentlich alles gesagt, was zu sagen ist. Es ist auch unglaublich gut diskutiert worden, sehr offen, sehr breit. Von daher wurde es auch breit getragen. Neben persönlichen Schwierigkeiten,



Am Sonntag, 26. August 2012, fand in Neumünster eine Landesmitgliederversammlung mit Workshops zur Analyse der Landtagswahl und zur Ideensammlung für die künftige Arbeit statt. Es war die erste größere Versammlung der Landespartei nach den Sommerferien. Gut 60 Genossinnen und Genossen waren nach Neumünster gekommen, um sich auf die angebotenen Workshops zu verteilen. Themen waren: „Wahlstrategie/Wahlbüro/Technik/Organisation“. „Themensammlung Kommunalwahlkampf 2013“. „Wohnen und Mobilität“. „Plan B (sozialökologischer Umbau)“ und AG Struktur „Landesvorstand“

die manche mit ihrer Rolle hatten, ohne jetzt jemanden konkret angreifen oder entblößen zu wollen, war es auch vielleicht nicht immer so hilfreich, wie es gedacht war, wenn von Berlin Leute kamen, um uns zu unterstützen. Auch das hat nicht nur geholfen.

Politische Berichte: Oft kann man den Eindruck gewinnen, dass die ursprüngliche Lebendigkeit der Kreis- und Ortsverbände sich verloren hat. Die Versammlungen ähneln mehr einem Wahlverein, der sich notgedrungen trifft, um Delegierte und Ämter zu verteilen. Hast Du Ideen, wie die engagierte Diskussion wiederkehren kann?

Klaus-Dieter Brüggemann: Ich glaube, wir müssen den Spaß an Politik organisieren. Das heißt, wir müssen uns auch persönlicher kennenlernen. Nicht immer nur: Du musst jetzt mal kommen oder so.

Und dann: Wir brauchen kreative Ideen, wie wir an die Öffentlichkeit gehen. Ich sag mal so: ein Beispiel steht da hinten in der Ecke, ein Tisch, den wir ihn uns gebastelt haben. Aus vier Plakat-Pappen und ein Deckel drauf. Darin kann unser Schirm stehen und aktuelle Plakate dran: Das ist etwas anderes, wenn man damit in der Fußgängerzone steht, als wenn man mit dem üblichen Tapeziertisch aufmarschiert.

Oder: Diese Idee, die wir geboren haben, die „Straße des Mottos“ habe ich das genannt. Da haben wir das Motto „Am Mindestlohn geht kein Weg vorbei“ so visualisiert, dass wir viele Transparente und Plakate aufgestellt haben, wo jeweils ein Wort dieses Mottos groß gezogen wurde, um dann nachher zu münden in der Auflösung: „Öffentliche Aufträge frei von Dumping-Löhnen“. Solche Sachen muss man machen! Wir wollen eine Ideen-Börse schaffen, wo

jeder Ideen rein tragen und raus nehmen kann. Man könnte es auch „Büro der ungewohnten Maßnahmen“ nennen.

Politische Berichte: Ein Landtag ohne die Linke führt dazu, dass die Regierung fast nur einer Opposition von rechts ausgesetzt ist. CDU und FDP spielen da ihre Rolle. Die „Piraten“ üben noch: Haben wir Chancen, uns mit Kritik und Vorschlägen „von außen“ Gehör zu verschaffen?

Klaus-Dieter Brüggemann: Ja, natürlich: Wir müssen mehr in die sozialen und demokratischen Bewegungen gehen. Wir müssen dort versuchen, diese Bewegungen zu stützen, weiterzutreiben und weiterzuentwickeln. Um auch uns damit weiter zu entwickeln. So bauen wir den nötigen außerparlamentarischen Druck auf, dass die da oben auch das machen müssen, was sie uns gerne mal versprechen, um es dann nachher doch nicht tun zu wollen.

Politische Berichte: Nun ist ja in der Kommunalwahl, die nächstes Jahr auf uns zukommt, das Gewicht anders gelagert. Vor Ort, in der Kommune, in der Stadt sind ja die Bürger auch unserer Partei näher. Haben wir da etwas größere Chancen, als bei der Landtagswahl? Ganz abgesehen von dem Vorteil mit der 5%-Klausel, die durch Entscheid des Bundesverfassungsgerichts weggefallen ist.

Klaus-Dieter Brüggemann: Ich denke wir haben da bessere Möglichkeiten, etwas zu machen. Da spielt natürlich auch der Wegfall der 5%-Klausel und die Änderung des Zählverfahrens durchaus eine Rolle. Was ganz wichtig ist: Hier wird es leichter sein, mit Nichtmitgliedern der Partei gemeinsame Listen aufzustellen und gemeinsam zu kandidie-

ren. Das wird auch nötig sein. Wenn ich mir vorstelle: Wir brauchen, um flächendeckend zu allen Kreistagen oder Kreisfreien Städten zu kandidieren, 357 KandidatInnen. Das ist unglaublich. Das ist eine Riesenmenge.

Nein, ganz wichtig ist, vor Ort spielt sich das Leben ab. Da kann man viel mit den Menschen reden, kann man viel überzeugen mit unserem Auftreten und mit unseren Ideen zur Lösung.

Was sicher richtig ist: Wir kommen an der prekären Finanzlage der Kommunen nicht wirklich vorbei. Und so bitter das ist: Es wird immer die Frage nach der Finanzierung gestellt werden. Ich sag mal, wenn wir ein Mobilitäts-Ticket fordern, kostet das Geld. Das ist sicher. Aber dann werden wir Position beziehen müssen und gucken müssen: Wie können wir die Finanzlage der Kommunen und Kreise verbessern. Das erste, was wir natürlich immer ins Feld führen: Wir sind im Prinzip nicht bereit, den Mangel zu verwalten, wir brauchen neue Einnahmen, bessere Einnahmen, nachhaltige Einnahmen. Da zähle ich sehr auf unsere Bundestagsfraktion. Da können Weichen gestellt werden. Ich nenne mal ein Beispiel: Weiterentwicklung der Gewerbesteuer und der Gemeindewirtschaftssteuer. Es ist doch nicht einzusehen, dass Ärzte, Architekten, Rechtsanwälte keine Gewerbesteuer zahlen, obwohl sie wie Unternehmen agieren.

Politische Berichte: Welche Themen können wir als die Linke in Schleswig-Holstein neu besetzen? Welche konkreten Taten müssen wir tun? Welche Kontakte neu beleben oder neu schließen?

Klaus-Dieter Brüggemann: Das ist jetzt ganz schwierig, das zu sagen! Ich erhoffe mir von der geplanten Landesmitgliederversammlung am 26. August da sehr deutliche Ergebnisse. Wir werden da einen Workshop machen, wo Ideen gesammelt werden. Ich greife mal zwei raus. Das eine ist: Rückgewinnung des Öffentlichen. Dass wir alle Kraft reinstecken gegen diese – fast möchte ich sagen – „Verbrechen“, die da begangen werden mit ÖPP, der Öffentlich-Privaten Partnerschaft. Wenn die Kommunen und die Kreise und überhaupt die Politik nicht mehr handeln können, ist das hochgradig gefährlich für die Demokratie. Also: Gegen Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, für demokratisch kontrollierte kommunale Unternehmen.

Dann: Wohnen ist ein Menschenrecht. Wir befinden uns hier im Kreis Pinneberg. Er gehört zum sogenannten Hamburger Speckgürtel. Da steigen die Mieten so, dass die Menschen, die

auf Unterstützung angewiesen sind, quasi vertrieben werden in die Pampa, wo es weniger teuer ist. Also, da müssen wir ganz gewiss ran. Fordern und dafür sorgen, dass wieder Sozialer Wohnungsbau gemacht wird. Es war ja ein sozialdemokratischer Innenminister – er heißt Ralf Stegner – der die Zeit der Mietbindung im sozialen Wohnungsbau verkürzt hat, damit die Mieten um so früher steigen konnten. Also, das sind so zwei Sachen, die ganz klar ins Zentrum unserer politischen Arbeit gehören. Ich könnte noch einige andere nennen: Gute Arbeit in kommunalen Unternehmen, wo es dann auch wiederum darum geht, ortsübliche Tarife zu zahlen. Aber: Nicht unter zehn Euro!

Politische Berichte: Du selbst hast bewusst als Sprecher nur für die Übergangszeit bis zum Landesparteitag der Linken im September kandidiert: Macht Dir die bisherige Arbeit nicht Lust auf eine volle Amtszeit?

Klaus-Dieter Brüggemann: Also: Das ist keine Frage von Lust und Lustgewinn. Das muss ich natürlich mit meiner Familie entscheiden. Ganz klar. Also, die Aufgabe als Sprecher des Landesvorstandes belastet mich sehr. Ich komme zu fast nichts anderem, auch privat. Doch, ich „lüge“: Übermorgen gehen wir in die „West-Side-Story“, zu dritt: Meine Frau, meine Tochter und ich.

Die Fragen stellten Edda und Karl-Helmut Lechner

Wilfried Scharnagl. Bayern kann es auch allein. Plädoyer für den eigenen Staat. Verlag Quadriga; Berlin 2012, ISBN: 978-3-86995-048-8: Preis: 16,99 Euro (1)

Bayern kann es auch allein – Wilfried Scharnagl publiziert das Buch zum Bayern-Theater

Ende August veröffentliche Wilfried Scharnagl, CSU, im Berliner Quadriga-Verlag sein „Plädoyer für den eigenen Staat“, das Land und Leuten in Bayern empfiehlt, sich im bundesdeutschen und europäischen Zusammenhang als „Vollstaat“, zu betragen, ein Ausdruck, der in der deutschen Verfassungsdiskussion verwendet wurde, um die Beziehung zwischen den Besatzungsmächten und der entstehenden BRD zu charakterisieren, die erst mit dem 2+4-Vertrag beim Anschluss der DDR in die volle staatliche Souveränität der BRD mündeten. Bizarr?

Bayerische Lautsprecher dröhnen über Europa

In den letzten Monaten polemisieren Politiker aus Bayern mit wachsendem

1 Alle Seitengaben beziehen sich auf diese Ausgabe. Umfangreiche Auszüge des Textes sind bei <http://books.google.de/books?isbn=3838720512> zu finden.

Also, das erlauben wir uns schon. Aber das Privatleben kommt zu kurz. Es kommt aber auch die Arbeit im Kreis zu kurz. Und ich habe mich von vornherein entschieden: Ich will nicht aus diesem Amt flüchten. Das hätten wir ja auch gekonnt.

Ich bin bereit, für diese etwas komplizierte Phase nach der verlorenen Landtagswahl bis zur regulären Neuwahl des Landesvorstandes das Amt des Sprechers zu übernehmen. Das habe ich gesagt. Dazu stehe ich. Und das wird sich auch nicht ändern. Ideen kann ich doch immer einbringen, auf Landes- wie auf Kreisebene. Ich bin ja noch weiter in der Partei. Und ich habe die Absicht, auch weiter da laut zu sein. Gestattet mir zum Schluss noch eine Bemerkung zu dem, was mir ganz wichtig ist: Dass wir in der Diskussion untereinander in der Partei respektvoll miteinander umgehen. Und nicht immer gleich böse Absicht vermuten, wenn etwas nicht so läuft, wie man es gerne hätte. Alle sind in ihren Leistungsfähigkeiten und Möglichkeiten irgendwo beschränkt. Sie können nur eine gewisse Sache leisten. Und das sollte man im Hinterkopf haben, bevor man anfängt zu schimpfen und persönlich zu werden. Das tut am meisten weh. Und das tut nicht Not.

Politische Berichte: Wir bedanken uns für das Gespräch.

Nachdruck gegen die Politik und Institutionen der Europäischen Gemeinschaft. Sie werfen der EU Bevormundung vor, um im selben Atemzug bevormundend über andere Mitgliedstaaten den Stab zu brechen. Parallel wird der Streit um den Länderfinanzausgleich vorangetrieben, auch hier wehrt man sich gegen Bevormundung, in diesem Falle durch Berlin, und auch hier scheut man sich nicht, andere Bundesländer im Geiste der Bevormundung abzukanzeln. Der Grundton des vielstimmigen Lärms: Ihr macht es falsch. Wir machen es richtig. Wir zahlen nicht!

Im Ganzen klein und schwächling, im Süden riesengroß – die CSU

Die BRD hat 81,88 Millionen Einwoh-

ner, 12,559 Millionen davon leben in Bayern; das ist ein Sechstel oder rund 16%. Das 42,5-Prozent-Ergebnis der CSU bei der Bundestagswahl in Bayern bedeutete 6,5% im Bund. Die CSU-Landesgruppe in Berlin zählt 44 Abgeordnete, nur als Teil einer Fraktionsgemeinschaft mit der CDU ist sie groß, für sich genommen ist sie kleiner als die Linke-Fraktion, die 76 Abgeordnete hat. Sie ist die kleinste der im Bundestag vertretenen Parteien. In Bayern allerdings hatte sie jahrzehntlang die absolute Mehrheit. Sie ist hier auch gegenwärtig die mit weitem Abstand größte Partei.

Kleine Parteien müssen laut sein, sie gehen im rauschenden Strom der Meinungsbildung sonst unter. Von großen Parteien erwartet die Öffentlichkeit Vorsicht und Rücksicht. Sie tragen gesetzgebende Mehrheiten und Regierungsverantwortung. Ihr Wort kann blitzschnell Staatsgewalt werden. Im Bund ist die CSU ein krachlederner Mehrheitsbeschaffer. In Bayern ist sie nach wie vor: der Staat selbst. Was aus dieser Partei herauskommt ist immer ein deftiger Spaß und gleichzeitig todernst. Wer das alles ernst nimmt, macht sich lächerlich, aber wer es als lächerlich abtun möchte, verkennt die Machtposition der Partei.

Scharnagls Sprachspiel

Scharnagl schreibt eine Saga bayerischer Geschichte, er verknüpft dazu Ereignisse und Deutungen europäischer Geschichte nach eigenen Regeln. Einem modernen Computerspiel ähnlich schafft das Buch ein Universum, in dem nur das vorkommt, was man hineingehtan hat und alles andere nicht. Wilfried Scharnagl, Jahrgang 1938, journalistischer Wegbegleiter von Franz Josef Strauß, von 1977 bis 2001 Chefredakteur der CSU-Parteizeitung „Bayernkurier“ und auch im vorgerückten Alter immer noch aktiv in den Diskussionen der CSU, hat aber sein Werk nicht zur Belustigung geschrieben, sondern um Politik zu machen. Sein Sprachspiel gibt den vielen bizarren Äußerungen und Bockigkeiten bayerischer Politik einen großen Zusammenhang, Thema und Sinn: Die Selbstständigkeit Bayerns, seines Staates und seiner Einwohner. Sein Text spielt mit dem Unbehagen an zentralen, dem Einfluss der Einzelnen entrückten Mächten, das den Menschen in der modernen, durch weitgespannte Abhängigkeiten bestimmten Welt befällt. Aber anders als etwa die populäre Comic-Serie von Asterix und Obelix, die auf Initiative und Findigkeit des Einzelnen abstellt, ist der Held in Scharnagls Erzählung das bayerische Staatswesen selbst. Eigen- und Selbstständigkeit des Staates ist der Damm, der die Bürgerinnen und Bürger vor dem Unheil der Welt schützt.

Zur Festigung dieser reichlich wag-

halsige Deutung der politischen Gegenwart dient die geschichtliche Kulisse des 19ten Jahrhunderts, als das kurfürstliche Bayern, Teil des 1806 untergegangenen hl. Römischen Reichs Deutscher Nation, Königreich und im modernen Sinn souveräner Staat wurde und wenige Jahrzehnte später 1870 im Zuge der Bismarck'schen Reiche diese Selbstständigkeit aufgab.

Zentralismus / Föderalismus

Damals habe die Zentralisierung der politischen Kompetenzen der deutschen Länder in Berlin geradewegs in den Kampf um Herrschaft über Europa geführt. Dies hätten zeitgenössische Kritiker, Scharnagl zitiert ausführlich Landtagsreden des Juristen Adolph Krätzer und der Geistlichen Joseph Conrad Pfahler und Joseph Neumaier (S. 25 ff), kommen sehen. „Die Sucht, die Herrschaft über Europa zu bekommen, liegt zu Grunde, und diese Anspannung aller Kräfte wird auch in nächster Zeit zum Kriege führen“ (Krätzer). – Es folgen „Jahrzehnte der Katastrophen“ (Kapitelüberschrift, S. 46).

Die Schwäche der Wittelsbacher

Das irrationale Ansehen einer Person gewinnt der Staat durch die Verkörperung in Monarchen, viele Staaten, auch im modernen Europa, verwenden diese Form der Präsentation, mit der auch W. Scharnagl liebäugelt, wenn schon kritisch. Dem bayerischen Königshaus wirft er vor, es habe die Politik des Kaiserreichs trotz insgeheim gehegter schwerer Bedenken mitgetragen. Nach dem Untergang des Kaiserreichs habe dann der Thronfolger gezögert, Chancen zu ergreifen: „Rupprecht, der jede Staatsstreichüberlegung ablehnte, wollte die Krone nur auf dem Wege einer Verfassungsänderung annehmen. So blieben politische Gedankenspiele, die es um und mit Rupprecht gab, Theorie.“ (S. 58) Am Ende ging die Eigenstaatlichkeit Bayerns im Nazi-Regime unter. Scharnagl deutet an, dass es 1933 die Möglichkeit gegeben habe, die bayerische Sozialdemokratie für die Installation eines Wittelsbachers als „Generalkommissar“ zu gewinnen. Allein: „Auch dieser Plan zerstob vor der Wirklichkeit; Wunschdenken verlor sich in Zögern und Zaudern.“ (S. 59) Dem bayerischen Konservatismus wird hier nicht mangelndes Eintreten für die Demokratie vorgeworfen, sondern Zaghaftheit gegenüber Chancen zur Wiedereinrichtung der Monarchie per Putsch. Die Beiträge, die staatliche Einrichtungen und gesellschaftliche Kräfte Bayern zur Entstehung des Naziregimes geleistet haben, verschwinden in einer Kritik am „Zentralismus“: Das Kapitel schließt mit einem Zitat des CSU-Politikers Franz Heubl: „Die Geschichte hat den Befürwortern einer starken Zentralgewalt eine schmerzli-

che, aber notwendige Lehre erteilt. Der Abbau des Föderalismus führte zum Ende der Freiheit ... Die Nationalsozialisten konnten mit einem Federstrich die Gewaltenteilung beseitigen, die Länder auflösen, Parteien zerschlagen und den Staat in das Korsett des Materialismus, des Atheismus und der Inhumanität zwingen.“ (S. 61)

Von damals nach heute: Hauptgefahr Zentralismus?

Den Standort außerhalb des Sprachspiels in der politischen Realität liefert die bayerische Verfassung von 1946, Scharnagl spricht von „Wiederauferstehung der Demokratie“. Immerhin verschweigt er nicht, dass die politische Neuformierung durch Anordnung der Militärregierung möglich wurde, die auch das Verwaltungsgebiet Bayern eingrenzte, freilich, wie Scharnagl vorwurfsvoll notiert, ohne die Pfalz. (S. 63) An diesem Punkt der Zeitgeschichte hätte sich reflektieren lassen, dass die Reorganisation Bayern den Sieg der Antihitlerkoalition über das Nazi-Regime voraussetzte, und dass es Vorschriften der Militärregierung waren, die dafür sorgten, dass diese Reorganisation in Richtung Demokratie vor sich ging. Wahr ist, dass die politische Gesellschaft Bayerns den Vorgaben folgte. Die Demokratie ist in Bayern nicht „wiederauferstanden“, sie wurde, um in der Sprache der Bibel zu bleiben, dem Land eingehaucht oder im Land wiederauferweckt. Bayern konnte auch das nicht allein.

Der Fall könnte zu der Einsicht führen, dass mit dem Gegensatzpaar „Zentralismus / Föderalismus“ die Entwicklung moderner Staatsorganisation nicht mehr angemessen erfasst werden kann. Die Ideen, die politischen Normen, die wirtschaftlichen Mittel, die zur demokratischen Reorganisation Bayerns führten, wurden von einer Weltgesellschaft, die es gut mit diesem problematischen Land meinte, zur Verfügung gestellt. Bayern gedieh eingebettet in den Bund, in Europa und unter der Deklaration der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen.

„Vollstaat“ Bayern kommt in die BRD

Die bayerische Verfassung wurde 1946 in einer Volksabstimmung angenommen. Das Grundgesetz der BRD kam erst 1949 zustande. Aus dieser bekannten Tatsache folgert Scharnagl ein „Erstgeburtsrecht“ der bayerischen Verfassung, (S. 65), die er auch als Verfassung eines „Vollstaates“ bezeichnet. Scharnagl meint, durch die Gründung des Bundes sei Bayern zu einem „teilsouveränen“ Staat geworden (S. 70). Er blendet aus, dass die Stelle des späteren Bundes durch die Militärregierung besetzt war und das Gesetz selbst den Beitritt zu einem künftigen Bund zur Pflicht macht. Dementsprechend un-

vollständig fällt auch seine Mitteilung über die Ablehnung des Grundgesetzes durch den bayerischen Landtag aus. Er berichtet, dass das Grundgesetz „am 20. Mai 1949 mit 101 gegen 64 Stimmen nach heftigen und tumultartigen Auseinandersetzungen“ (S. 67) im Landtag abgelehnt wurde, verschweigt aber, dass gleich anschließend die Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes für Bayern mit 97 Ja zu 70 Nein bei 6 Enthaltungen (für absehbaren den Fall, dass Zweidrittel der Länder, in denen das Gesetz zunächst gelten solle, ihm zustimmten) beschlossen wurde. Der Tanz ums Grundgesetz war wohl weitgehend Folklore, aufgeführt um für die Entwicklung des – auch im Vergleich zu anderen – rückständigen Landes Mittel des Bundes herauszuschlagen. Die Entwicklung Bayerns durch Zuwendungen des Bundes und der anderen Länder, durch vom Bund beeinflusste Standortentscheidungen namentlich der Rüstungsindustrie, durch Abwanderung von Industrien aus dem Osten und vor allem Berlin nach Bayern, all diese bekannten Tatsachen fallen weg. Sie passen nicht ins Bild des „... kann es auch allein“, sondern zeigen, dass das heutige Bayern besser als Produkt aus Anstrengungen des Bundes und im Land begriffen würde.

„Bayern und seine Menschen“

Diese Redewendung, die Scharnagl als Kapitelüberschrift (S. 74) aufgreift, kommt aus früheren Zeiten, als der Mensch noch dem Landesherrn gehörten und Freizügigkeit ein Fremdwort war. Die Bestimmung des Menschen durch den Staat, in dem sie leben, führt zu der Idee einer „bayerischen Identität“ (S. 90). Scharnagl feiert seine Musterbayern „... ihrer Eigenart als Bayern bewusst ... bleiben ... sie ... von Urteilen und Vorurteilen, die von jenseits der Grenzen kommen, unberührt und unangefochten.“ (S. 90)

Wenn von Identität die Rede ist, geht es um Zugehörigkeit / Nichtzugehörigkeit, um Zugang und Ausschluss. Die Bindung der Identität an Staatsgrenzen ist stupide, wenn unreflektiert, und perfide, wenn durchdacht. Sie eignet sich zum Schüren von Fremdenhass und legitimiert inhumanen Umgang der staatlichen Macht mit allem, was fremd ist. Die Identität des Menschen in der heutigen Zeit kann sich unendlich viel leichter als früher auf universell geltende Werte beziehen, sie kann in weltbürgerlicher Absicht formuliert werden. Die weltweiten Verbindungen, die gerade eine reife Industriegesellschaft nötig hat, können nicht gefördert werden, wenn man sich rühmt, von Urteilen und Vorurteilen unberührt und unangefochten zu bleiben, weil sie „von jenseits der Grenzen“ kommen.

Das Land als Standort und die Eigenstaatlichkeit

Die Gebietskörperschaften der BRD, die Länder, Städte, Landkreis, stellen Wanderungsbilanzen auf. In Bayern überwiegt die Zuwanderung. Dies und sodann die hohe Wirtschaftskraft, die niedrige Rate der Kriminalität und die hohe der Verbrechensaufklärung, werden im Standort-Kapitel (S. 91–112) für die Feststellung bemüht, es handle sich dabei um ein „starkes Fundament“ „bayerischer Eigenstaatlichkeit“. (S. 112). Diese Vergleichszahlen, die mit Vorsicht genossen, etwas über Problemsituation und Chancen in Regionen und die Qualität der Verwaltung vermuten lassen, haben zu der Frage der Eigenstaatlichkeit überhaupt keine Verbindung. Was bliebe denn Ländern mit schwächeren Kennziffern?

Methodisch muss beanstandet werden, dass die bayerischen Daten genau in der Konstellation gewonnen wurde, die beanstandet wird. Sie sind als Ergebnis einer zum guten Teil von „außen“ her veranlassten Offenheit zum Bund, zu Europa und zur Welt hin entstanden.

Wunschtraum „bewegliche Grenzen“ – ein Alptraum

Einen lauten Warnruf verdienen die Spekulationen, die Scharnagl über die Stabilität der Grenzen in Europa wohlgefällig aufgreift und weitertreibt. (S. 132–149) Er zitiert zustimmend eine Studie, in der davon geredet wird, dass Deutschland „bei allem Interesse an einer Aufrechterhaltung des Status quo flexibel ... auf Loslösungstendenzen reagieren und nicht um jeden Preis an der Einheit von Staaten festhalten“ sollte. (S. 149). Dinge in Bewegung sieht Scharnagl überall, von Schottland bis zum Balkan, von den Grenzen zu Russland bis zur iberischen Halbinsel, von Belgien (dieses Land hat er schon abgeschrieben) bis nach Südtirol, wo er wohlgefällig ein Streben nach einem „eigenen Staat Südtirol“ (S. 146) registriert. In dieser schönen, südlich des Alpenhauptkamms in Italien gelegenen Gegend könnte übrigens auch der kleine Freistaat Bayern mit seinen qualitativ und quantitativ beschränkten Mitteln eine Menge Unheil anrichten.

Woher kommen diese Ideen?

Die Werbung für den „eigenen“ (bayerischen) Staat ist mehr als eine rhetorische Figur. Sie spricht das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihrer Daseinsbedingungen an, die in den modernen Industriegesellschaften in seit mehr als hundert Jahren wachsendem Umfang von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden müssen. Art und Umfang der Leistungen, Zugang und Ausschluss, ordnungspolitischer Rahmen – alles wird durch die Politik gesetzt. Mit der Entstehung der wirtschaftlichen Agglomerations-



Herr Scharnagl hat es für passend gehalten, den Umschlag seines im 21. Jahrhundert erscheinenden Buchs mit einer Zollschranke zu zieren. Eine Idee von vorgestern.

räume oder Metropolregionen reichen die Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung nicht mehr aus, um diese Leistungen zu strukturieren. Die Entscheidungen der Landesbehörden, die vormals weit über den Wolken thronen, werden für die Lebensführung der Einzelnen unmittelbar praktisch bedeutsam.

Die Wirtschaft funktioniert nur noch in weltwirtschaftlichen Bezügen. Der Bund, der für die Bürger per Wahlentscheidung noch erreichbar ist, kann in diesen Fragen schon lange nur noch im Verbund mit anderen Staaten / Staatengruppen handeln. Ordnung und Struktur des politischen und Rechtsraums beißen sich mit den wirtschaftsräumlichen Beziehungen. Das alles birgt hohe Risiken.

Nach Scharnagls Vorstellungen wären auf dem Gebiet Bayerns verschiedene Dimensionen des Sozialraums zur Deckung zu bringen, politischer/Rechtsraum und Wirtschaftsraum, Kulturräum, Landschaftsraum usw., wenn, ja wenn Bayern sich zum eigenen Staat mauserte.

Diese Lösung scheint einfach. Sie erspart die mühsame Alternative: Zu verhandeln, welche Aufgaben den unterschiedlichen politischen Körperschaften und Ebenen in der zusammenhängenden Welt zukommen, von der UNO bis zur bayerischen Landgemeinde.

Scharnagls „Plädoyer für den eigenen Staat“ entwickelt nicht Wege des Zusammenlebens, selbst wenn sie im konservativen Sinne gut gemeint sein sollte („Ein guter Zaun sorgt für gute Nachbarschaft“), sie zielt nicht auf Verhandlungen, sondern auf Streit, kleinliche Vorteilsnahme.

Martin Fochler

Inhalt

Aktuelle Meldungen

SPD und Linke gegen „Steuerflüchtlinge“ – bei Forderungen nach Strafverschärfung: Artikel 16 Grundgesetz beachten • Die Null-Prozent-Scheinheiligen • München: Detonation einer Fliegerbombe zum Antikriegstag

Hamburg schließt Staatsvertrag mit Muslimen und Aleviten

Verfassungsänderung durch die Hintertür?

Öffentlicher Beschäftigungssektor in NRW: Zaghafter Versuch

Verletzung von Gewerkschaftsrechten weltweit

Auslandsnachrichten

Iran: Gewerkschafter unter Druck und verhaftet • Türkei: Gewerkschaft bei DHL anerkennen! • Internationale Proteste gegen Verhaftung von Gewerkschaftern • Schifffahrt: Britische Gewerkschaft gegen Lohndumping • Großbritannien: Jobcenter-Streik gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen • Griechische Stahlarbeiter beenden ihren Streik • USA: Arbeiter bei Siemens werden zur Zielscheibe

Aktionen ... Initiativen

Forderungen zum Antikriegstag • Internationaler Afghanistan-Friedenskongress 2012 • Aufschrei-Kampagne gegen Leopard-Lieferungen und Kleinwaffen-Exporte • Paritätischer: Hilfen zum Schulanfang reichen nicht • Antisemitische Gewalt: Angriff auf die Religionsfreiheit – Erklärung von pax christi • 8. September: Flüchtlingsmarsch nach Berlin • 30. August – Tag gegen Abschiebungen • Bundesweite Unterstützung für neues Bündnis umFAIRteilen • Wenig Konkretes, Wichtiges fehlt • Food March nach Brüssel: Auftakt in München am 25. August

Kommunalwahl in Dortmund – SPD gewinnt, Linke verliert

Reclaim your city – Heliosfest zeigt Wille zur Mitgestaltung in Ehrenfeld

Kommunale Politik

Energiearmut: Linke fordert Senat zum Handeln auf. Hamburg. • Tausende Bescheide rechtswidrig – Stadt prüft selber von Amts wegen: Köln. • Linksfraktion setzt TV-Übertragung der Regionsversammlung durch: Hannover. Sozialausschuss bringt Verhütungsmittelfonds auf den Weg: Vogelsbergkreis. • Kommunale Wohnungsvermittlungsstelle: Praktizierter Mieterschutz. Kiel. • Mietsteigerungen belasten Geringverdiener: Berlin.

Tarifdschungel in der Sozialwirtschaft

Gutachten bewertet Steag-Kauf durch Stadtwerke kritisch

Wir müssen mehr in die sozialen und demokratischen Bewegungen gehen ...

Bayern kann es auch allein

– Wilfried Scharnagl publiziert das Buch zum Bayern-Theater

Neuerscheinung bei Rosa Luxemburg Stiftung: Linke, Nahostkonflikt, Antisemitismus

Wegweiser durch eine Debatte. Eine kommentierte Bibliografie von Peter Ullrich

In der Reihe „Analyse“ hat die Rosa Luxemburg Stiftung eine verdienstvolle Publikation des Autors Peter Ullrich veröffentlicht. Er hat sich die Mühe gemacht, Positionen der Linken zum Judentum und zum Antisemitismus seit Marx und Engels zusammenzustellen, so dass jeder der sich intensiv mit diesem Thema beschäftigen möchte, eine Übersicht zur Hand hat. Wie immer ist die Publikation als Pdf-Datei von der Internetseite der Stiftung herunterzuladen: www.rosalux.de, Rubrik Publikationen. Im folgenden die Kurzzusammenfassung:

Insbesondere für die deutsche Linke hat der Nahost- und Antisemitismusstreit eine immense Bedeutung und Sprengkraft. Er ist Dauerthema in linken Zeitschriften und Veranstaltungen sowie beliebter Gegenstand der Agitation konservativer Medien gegen die Linke. Gelegentliche Eskalationen zu verschiedenen Anlässen sorgen dafür, dass die Problematik ganz oben auf der politischen Agenda bleibt. Dabei verläuft die Auseinandersetzung auch innerhalb der Linken selten solidarisch. Starke Identifikationen sowie extreme und zudem häufig antagonistische Positionierungen und Blickwinkel kennzeichnen die Debatte. Regelmäßig kommt es auch zu sehr persönlichen und verletzenden Vorwürfen und Angriffen; sogar vor physischer Gewalt wird nicht haltgemacht. Und im Gewand dieser Debatte wird immer wieder auch verhandelt, was eigentlich (noch) links ist.

Ziel dieser kommentierten Bibliografie zur Thematik Linke, Nahostkonflikt und Antisemitismus ist es, zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen. Sie will den einseitigen Positionen, schablonenhaften Schuldzuschreibungen und ritualisierten Phrasen komplexere Perspektiven entgegenzusetzen, Zugang zu Hintergrundwissen und „Fakten“ sowie zu den Bedingungen ermöglichen, die diese erst zu solchen machen, und somit Anregungen zur (selbst-)kritischen Reflexion geben.

Die Broschüre soll zudem einen leichten Einstieg in die inzwischen doch recht umfassende Literatur zum Thema bieten. Denn insbesondere in der Zeit nach 1990 ist eine Vielzahl von relevanten Studien und ernsthaften Debattenbeiträgen erschienen, die eine

gute Grundlage bieten für die fundierte und kritische Auseinandersetzung mit spezifischen Traditionen, ideologischen Erbschaften, Prägungen und grundlegenden Ambivalenzen linker Politik in Hinblick auf den Nahostkonflikt. Im Folgenden werden die wichtigsten dieser Beiträge in Form von kurzen Inhaltsangaben und Kommentierungen vorgestellt. Als Sammlung von Basistexten ist diese Broschüre vor allem für die Nutzung in der politischen Bildungsarbeit gedacht. Doch auch Studierende, Wissenschaftler/innen und alle anderen Interessierten werden sich mit ihrer Hilfe schnell einen Überblick zum aktuellen Stand der Forschung verschaffen können.

In die Darstellung wurden vor allem Bücher aufgenommen, die Grundlegendes zum Verständnis linker Kontroversen zum Thema in einer bestimmten Epoche leisten (zum Beispiel zur Zionismus-Debatte in der Arbeiter/innenbewegung des 19. Jahrhunderts) oder die wesentliche Begriffe beziehungsweise theoretische Perspektiven in die Diskussion eingeführt haben (beispielsweise „antiimperialistischer Antizionismus“). Neben recht bekannten, weitverbreiteten und häufig zitierten Publikationen sind auch solche berücksichtigt, die hierzulande bisher weniger rezipiert wurden – sei es, weil sie nicht in deutscher Sprache veröffentlicht wurden oder weil die Texte aus anderen Gründen nicht leicht zugänglich sind. Soweit Zitate vom Englischen ins Deutsche übertragen wurden, stammen die Übersetzungen vom Autor.

Nicht alle besprochenen Bücher werden im gleichen Umfang behandelt. Dahinter steht durchaus die Absicht, eine Gewichtung vorzunehmen und unnötige Wiederholungen zu vermeiden. Stattdessen wird die jeweilige Bedeutung der Texte für die Gesamtdiskussion herausgestellt. Wo immer es möglich ist, werden die Leser/innen bei Monografien auch auf kürzere Texte der entsprechenden Autor/innen (die für Seminare und Lesekreise geeignet sind) oder Online-Ressourcen hingewiesen. Die in fünf Abschnitte unterteilte Darstellung beschränkt sich im Wesentlichen auf wissenschaftliche Beiträge.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 5. Oktober 2012, Redaktionsschluss: Freitag, 28. September.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 2. November, 30. November, 9. Januar 2013